

JULIANE OHLENROTH

Der Oberste Gerichtshof
für die Britische Zone
und die Aufarbeitung
von NS-Unrecht

*Beiträge zur Rechtsgeschichte
des 20. Jahrhunderts*



Mohr Siebeck

Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts

herausgegeben von

Thomas Duve, Hans-Peter Haferkamp, Joachim Rückert
und Christoph Schönberger

112



Juliane Ohlenroth

Der Oberste Gerichtshof
für die Britische Zone
und die Aufarbeitung von
NS-Unrecht

Unter besonderer Berücksichtigung
der Bedeutung für die Fortentwicklung
der Strafrechtsdogmatik

Mohr Siebeck

Juliane Ohlenroth, geboren 1987; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Augsburg; Erstes juristisches Staatsexamen; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Risiko- und Präventionsstrafrecht sowie Juristische Zeitgeschichte an der Universität Augsburg; derzeit Rechtsreferendarin im OLG-Bezirk München.

Zugleich Dissertation, Universität Augsburg, 2019.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungsfonds Wissenschaft der VG WORT.

ISBN 978-3-16-159170-9 / eISBN 978-3-16-159171-6

DOI 10.1628/978-3-16-159171-6

ISSN 0934-0955 / eISSN 2569-3875 (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen aus der Times gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2018/2019 von der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung fand am 24. Juli 2019 in Form einer Disputation statt. Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand von Oktober 2019.

Mein besonderer Dank gilt zunächst meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Arnd Koch. Er hat mir die Thematik vorgeschlagen, die Entstehung der Arbeit in besonderem Maße gefördert und stand mir jederzeit mit Rat und Tat zur Seite. Daneben möchte ich mich für die schöne und lehrreiche Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl bedanken. Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Michael Kubiciel danke ich vielmals für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens.

Danken möchte ich zudem Herrn Professor Dr. Thomas Duve, Herrn Professor Dr. Hans-Peter Haferkamp, Herrn Professor em. Dr. Dr. h.c. Joachim Rückert und Herrn Professor Dr. Christoph Schönberger für die Aufnahme der Dissertation in die Schriftenreihe „Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts“. Für die freundliche Unterstützung bei meinen Recherchetätigkeiten geht mein Dank an Frau Dr. Sabine Eibl und Herrn Dr. Martin Schlemmer vom Landesarchiv Nordrhein-Westfalen sowie Frau Lisa Hellmann vom Bundesarchiv Koblenz.

Meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl danke ich für die gute Zusammenarbeit. Besonders bedanken möchte ich mich bei Frau Andrea Lieb und Herrn Daniel Ricker für die zahlreichen motivierenden und anregenden Gespräche. Frau Dr. Rebecca Heiß danke ich für ihre Unterstützung bei organisatorischen Fragen rund um die Abgabe der Dissertation. Herzlich bedanken möchte ich mich zudem bei meinen Freunden, insbesondere bei Frau Julia Bayer, die während des gesamten Entstehungsprozesses ein offenes Ohr für mich hatte. Des Weiteren gilt mein Dank Frau Valerie Amort, Frau Laura Ohlenroth, meinem Mann David und besonders Herrn Rolf Kloos für das engagierte Korrekturlesen. Meinem Vater sowie Herrn Fabian Binder danke ich für ihr sorgfältiges Lektorat und ihre wertvollen Hinweise. Beides hat wesentlich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen.

Abschließend möchte ich mich von ganzem Herzen bei meiner lieben Familie bedanken. Meine Eltern waren mir durch ihre Unterstützung stets ein wichtiger Rückhalt. Meine Tochter Phelina gab mir den Anstoß, die Dissertation end-

gültig fertigzustellen. Besonders bedanken möchte ich mich bei meinem Mann David. Er hat immer an mich und mein Vorhaben geglaubt, mich in allen Phasen des Entstehungsprozesses liebevoll unterstützt und mir den nötigen Freiraum zur Erstellung der Arbeit gegeben.

Augsburg, im März 2020

Juliane Ohlenroth

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abbildungsverzeichnis	XVII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
<i>A. Thema und Fragestellung</i>	1
<i>B. Forschungsstand</i>	3
I. Quellenlage	3
II. Stand des Schrifttums und Forschungsdesiderat	3
<i>C. Vorgehensweise und Gang der Untersuchung</i>	6
Kapitel 1: Überblick über die Geschichte des OGH	9
<i>A. Rahmenbedingungen</i>	9
I. Die Errichtung der Besatzungsherrschaft und der „Stillstand der Rechtspflege“	9
II. Der Wiederaufbau der deutschen Justiz in der britischen Zone	12
1. Wiedereröffnung der Gerichte und „Entnazifizierung“ des Justizpersonals	12
2. Justizverwaltung und Errichtung des ZJA	14
III. Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen	16
1. Die Ahndung von NS-Verbrechen durch die Alliierten	16
a) „Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess“ und das IMT-Statut ...	16
b) Verfolgung von NS-Verbrechen in den einzelnen Besatzungszonen und das KRG 10	17
2. Die Ahndung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Gerichte	18
a) Bilanz	18
b) Die Zuständigkeit deutscher Gerichte zur Ahndung von NS-Verbrechen	19
c) Die Anwendung des KRG 10 in der britischen Zone	21
aa) Die Vorgaben der britischen Militärregierung zur Verordnung Nr. 47	21
bb) Die sachliche Zuständigkeit der deutschen Gerichte zur Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit	24

<i>B. Errichtung und Tätigkeit des OGH</i>	25
I. Gründung	25
1. Zonenübergreifende Versuche zur Wiederherstellung der Rechtseinheit	25
2. Die Verordnung Nr. 98 der britischen Militärregierung zur „vorläufigen Errichtung eines Deutschen Obersten Gerichtshofs“	28
3. Eröffnung und Aufnahme der Tätigkeit	30
II. Kompetenzen und Organisation	32
1. Zuständigkeit	32
a) Strafsachen	32
b) Zivilsachen und freiwillige Gerichtsbarkeit	33
2. Senate und organisatorischer Aufbau	34
III. Personelle Besetzung	35
1. Richter	35
a) Dienstliche Stellung	35
b) Ausschlusskriterium der ehemaligen NSDAP-Mitgliedschaft	37
c) Überblick über die Biographien	37
aa) Präsidentenstelle	38
bb) Strafrichter	39
cc) Hilfsrichter	43
2. Staatsanwaltschaft	43
3. Rechtsanwaltschaft	45
IV. Verfahrensanfall zum KRG 10	45
<i>C. Das Ende des OGH</i>	50
I. Der Übergang der Zuständigkeiten auf den BGH und die Zukunft der OGH-Richter	50
II. Fortführung der „Tradition des OGH“?	52
1. Personalpolitik	53
2. Das Ende der Strafverfolgung nach dem KRG 10	54
 Kapitel 2: Die Anwendung des KRG 10 in der Rechtsprechung des OGH	 57
<i>A. Ausgangslage: Weitgehende Rechtszersplitterung</i>	57
<i>B. Überblick über die gesetzliche Regelung des Verbrechens gegen die Menschlichkeit</i>	58
I. Tatbestand (Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10)	58
II. Beteiligungsformen (Art. II Nr. 2 lit. a–e KRG 10)	59
III. Strafraumen (Art. II Nr. 3 KRG 10)	59
IV. Individuelle Verantwortlichkeit von Staatsorganen und Handeln auf Befehl (Art. II Nr. 4 KRG 10)	60
V. Ruhen der Verjährung und Unbeachtlichkeit von NS-Begnadigungen (Art. II Nr. 5 KRG 10)	61

VI. Regelungen zum Verfahrensrecht und zur Auslieferung (Art. III–V KRG 10)	61
C. <i>Die Diskussion um die Verletzung des Grundsatzes „nullum crimen, nulla poena sine lege“</i>	62
I. Problemstellung	62
II. Zeitgenössischer Meinungsstand	65
1. Unvereinbarkeit mit dem Rückwirkungsverbot	65
2. Legitimität des KRG 10	68
a) Scheinbare Rückwirkung des KRG 10	69
b) Gerechtfertigter Verstoß des Rückwirkungsverbots	70
3. Rechtsprechung des OGH	72
a) Rückwirkungsverbot	72
b) Bestimmtheit des Tatbestands	74
III. Würdigung	75
D. <i>Die Auslegung des Verbrechens gegen die Menschlichkeit in der Rechtsprechung des OGH</i>	77
I. Allgemeine Rechtsgrundsätze	77
1. Rechtsnatur des KRG 10	77
2. Übergesetzliches Recht als Beurteilungsgrundlage	78
3. Das überindividuelle Schutzgut der Menschlichkeit	79
II. Objektiver Tatbestand	80
1. Tatbestandsmerkmale	80
2. Beteiligungsformen (Art. II Nr. 2 KRG 10)	82
3. Kausalität	82
III. Subjektiver Tatbestand	83
IV. Verteidigungseinwände	84
1. Handeln auf Befehl	84
2. Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe des StGB	85
E. <i>Konkurrenzverhältnis zwischen dem KRG 10 und dem StGB</i>	86
I. Zeitgenössischer Meinungsstand	86
II. Würdigung	90
 Kapitel 3: Die Rechtsprechung des OGH zu NS-Verbrechen	 91
A. <i>NS-„Euthanasie“</i>	91
I. Überblick	91
1. Organisation und Ablauf der NS-„Euthanasie“	91
2. Bilanz der Strafverfolgung durch westdeutsche Gerichte	98
II. Verfahren zur NS-„Euthanasie“ in Westfalen	100
1. Gegenstand der Anklage	100
2. Urteil des LG Münster vom 20. Oktober 1948	103
3. Urteil des OGH vom 5. März 1949	105
a) Beihilfe zum Mord, §§ 211, 49 StGB	105

aa) Tatbestand des Mordes und Beteiligungsform	105
(1) Tatbestandsmäßigkeit	105
(2) Beteiligungsform	108
bb) Verteidigungseinwände	108
(1) Fehlender Vorsatz	108
(2) Rechtsgültigkeit des Führererlasses vom 1. September 1939 .	109
(3) Fehlendes Unrechtsbewusstsein	110
(a) Ausführungen des OGH	110
(b) Die zeitgenössische Diskussion über die Behandlung des Verbotsirrtums	110
(4) Handeln auf Befehl	113
(5) Notstand und Nötigungsnotstand (§§ 52, 54 StGB)	115
(6) „Ärztlicher Widerstand“	117
(a) Übergesetzlicher rechtfertigender Notstand	117
(b) Rechtsfigur des übergesetzlichen persönlichen Strafausschließungsgrundes	118
b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10 . . .	120
c) Rezeption im zeitgenössischen Schrifttum	121
aa) Mordtatbestand und Beteiligungsform	121
bb) Meinungsstand zur rechtlichen Würdigung des „ärztlichen Widerstands“	122
(1) Übergesetzlicher rechtfertigender Notstand	122
(2) Übergesetzlicher persönlicher Strafausschließungsgrund . . .	123
(a) Zustimmung im Schrifttum	123
(b) Kritik	124
(3) Gegenvorschlag eines übergesetzlichen Entschuldigungsgrundes	125
4. Weiterer Verfahrensverlauf	126
a) Urteil des LG Münster vom 29. August 1949	126
b) Urteil des BGH vom 28. November 1952	128
aa) Abkehr von der Lösung des OGH	128
bb) Verbotsirrtum aufgrund „umgesetzter Rettungsabsicht“	131
c) Urteil des LG Dortmund vom 2. Dezember 1953 im Fall <i>Petermann und Stolze</i>	133
d) Urteil des LG Münster vom 9. Juli 1959 im Fall <i>Schneider</i>	135
5. Fazit	137
III. Verfahren zur NS-„Euthanasie“ in der Rheinprovinz	138
1. Gegenstand der Anklage	138
a) Tatkomplexe	138
b) Verteidigungseinwände	142
2. Urteil des LG Düsseldorf vom 24. November 1948	144
a) Verurteilung von <i>Wesse, Wrona</i> und <i>Müllender</i>	144
b) Freispruch von <i>Creutz</i> und aller übrigen an der „Aktion T4“ beteiligten Ärzte	146

3. Urteil des OGH vom 23. Juli 1949	149
a) Beihilfe zum Mord, §§ 211, 49 StGB	149
aa) Tatbestandsmäßigkeit und Beteiligungsform	149
bb) Verteidigungseinwände	152
(1) Rechtswidrigkeit des Führererlasses, Notstand und Handeln auf Befehl	152
(2) Fehlendes Unrechtsbewusstsein	152
(3) „Ärztlicher Widerstand“	153
(a) Übergesetzlicher rechtfertigender Notstand	153
(b) Übergesetzlicher Entschuldigungsgrund	154
(c) Verfestigung der aufgestellten Grundsätze zum übergesetzlichen persönlichen Strafausschließungsgrund	155
b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10	156
c) Rezeption im zeitgenössischen Schrifttum	156
aa) Abgrenzung zwischen Täterschaft und Teilnahme	156
bb) Unrechtsbewusstsein	157
cc) Meinungsstand zur rechtlichen Würdigung des „ärztlichen Widerstands“	158
(1) Übergesetzlicher rechtfertigender Notstand	158
(2) Lösung des „übergesetzlichen persönlichen Strafausschließungsgrundes“ und der Gegenvorschlag des „übergesetzlichen Entschuldigungsgrundes“	159
(a) Zustimmung im Schrifttum	159
(b) Übergesetzlicher Entschuldigungsgrund nach der herrschenden Lehre	161
4. Weiterer Verfahrensverlauf	162
a) Urteil des LG Düsseldorf vom 27. Januar 1950 im Fall <i>Creutz</i> und der übrigen an der „Aktion T4“ beteiligten Ärzte	162
aa) Freispruch mangels Förderung der Haupttat bzw. mangels Vorsatzes	163
bb) Widerstand gegen die Lösung des übergesetzlichen persönlichen Strafausschließungsgrundes	164
b) Urteile des LG Düsseldorf vom 31. Mai 1951 und 7. Februar 1953 im Fall <i>Wrona</i> und <i>Müllender</i>	166
5. Fazit	167
IV. Überblick über die weitere Rechtsprechung in der Bundesrepublik	170
1. Annahme von Totschlag statt Mord	170
2. Abgrenzung zwischen Täterschaft und Teilnahme	172
3. Verteidigungseinwände	174
a) Fehlendes Unrechtsbewusstsein	174
b) „Ärztlicher Widerstand“	176
V. Würdigung	178

<i>B. Justizverbrechen</i>	181
I. Überblick	181
1. Ausmaß des NS-Justizunrechts	181
2. Bilanz der Strafverfolgung durch westdeutsche Gerichte	185
II. Verfahren gegen den Marinerichter <i>Adolf Herbert Holzwig</i> („Buea-Fall“)	187
1. Gegenstand der Anklage	187
2. Urteil des LG Hamburg vom 4. Juni 1948	190
3. Urteil des OGH vom 7. Dezember 1948	193
a) Strafbarkeit nach § 336 StGB und Ablehnung einer Sperrwirkung ..	193
b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10 ...	194
aa) Objektiver Tatbestand	194
bb) Subjektiver Tatbestand	196
c) Rezeption im zeitgenössischen Schrifttum	197
4. Weiterer Verfahrensverlauf	198
a) Urteil des LG Hamburg vom 4. August 1949	198
b) Urteil des BGH vom 29. Mai 1952	199
aa) Strafbarkeit der Richter nach deutschem Strafrecht	199
bb) Sperrwirkung des Rechtsbeugungstatbestands	201
c) Urteil des LG Hamburg vom 27. Februar 1953	203
5. Fazit	205
III. Verfahren gegen den Kölner Landgerichtspräsidenten <i>Walter Müller</i>	207
1. Gegenstand der Anklage	207
2. Urteil des LG Bonn vom 4. November 1948	210
3. Urteil des OGH vom 10. Mai 1949	212
a) Unternehmen der Verleitung zur Rechtsbeugung, §§ 357 Abs. 1 Var. 2, 336 StGB	212
aa) Allgemeine Ausführungen zu § 357 StGB	212
bb) Nachträgliche Urteilkritiken	213
cc) Eingriffe in schwebende Verfahren	214
b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10 ...	215
c) Rezeption im zeitgenössischen Schrifttum	217
4. Weiterer Verfahrensverlauf	218
a) Urteil des LG Bonn vom 13. März 1950	218
b) Urteil des BGH vom 16. Dezember 1952	219
c) Urteil des LG Bonn vom 17. Juni 1953	220
5. Fazit	222
IV. Die übrige Rechtsprechung des OGH zu Justizverbrechen	223
1. Verfahren gegen den Marine-Oberkriegsgerichtsrat <i>Karl-Heinrich Hagemann</i> („Fall Kusch“)	223
2. Offener Widerstand im Verfahren gegen den Standgerichtsvorsitzenden <i>Karl Brumshagen</i>	226
V. Überblick über die weitere Strafverfolgung in der Bundesrepublik	230
1. Die restriktive Auslegung des Rechtsbeugungstatbestands	230
a) Beurteilungsgrundlage	230

b) „Vorsatzschwelle“ und Sperrwirkung	233
c) Der „Fall Rehse“ und das Ende der Strafverfolgung von NS-Justizunrecht	235
2. Späte Selbstkritik des BGH im Rahmen der Rechtsprechung zu DDR-Justizunrecht	237
a) Beschränkung des objektiven Tatbestands auf offensichtliche „Willkürakte“	239
b) Aufgabe der erhöhten Vorsatzanforderungen und Annäherung an die Grundsätze des OGH	241
VI. Würdigung	243
C. <i>Denunziationen</i>	246
I. Überblick	246
1. Denunziationen in der NS-Zeit	246
2. Bilanz der Strafverfolgung durch westdeutsche Gerichte	249
II. Verfahren gegen R. und J. wegen der Anzeige von „Rundfunkverbrechen“	251
1. Gegenstand der Anklage	251
2. Urteil des LG Oldenburg vom 10. Februar 1948	252
3. Vorlagebeschluss des OLG Oldenburg vom 15. Juni 1948	252
a) Überblick über den zeitgenössischen Meinungsstand und Ansicht des OLG Oldenburg zur Auslegung des KRG 10	253
aa) Objektiver Tatbestand	253
bb) Subjektiver Tatbestand	255
b) Offener Widerstand gegen die Rechtsprechung des OGH	256
4. Urteil des OGH vom 16. November 1948	257
a) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10	257
aa) Objektiver Tatbestand	257
(1) Tatbestandsmäßige Schädigung mit überindividueller Wirkung	257
(2) Ursächliches Angriffsverhalten und Zusammenhang mit dem NS-Gewalt- und Willkürsystem	258
(3) Beteiligungsform, Art. II Nr. 2 KRG 10	259
bb) Subjektiver Tatbestand	260
(1) Anforderungen an den Vorsatz	260
(2) Fähigkeit zur Unrechtseinsicht	261
(3) Stellungnahme zur Kritik des OLG Oldenburg	262
b) Rezeption im Schrifttum	263
aa) Verstoß gegen das Schuldprinzip	263
bb) Unvermeidbarer Verbotsirrtum	264
5. Weiterer Verfahrensverlauf	264
a) Urteil des LG Oldenburg vom 30. März 1949	264
b) Beschluss des OGH vom 1. Juni 1949	265
6. Fazit	266

III. Verfahren gegen <i>H.</i> wegen der Anzeige von „Rundfunkverbrechen“ und defätistischer Äußerungen	266
1. Gegenstand der Anklage	266
2. Urteil des LG Braunschweig vom 28. Oktober 1948	268
3. Urteil des OGH vom 20. April 1949	270
a) Objektiver Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit	270
aa) Tatbestandsmäßige Schädigung mit überindividueller Wirkung	270
bb) Kausales Angriffsverhalten im Zusammenhang mit der NS-Gewalt- und Willkürherrschaft	271
b) Subjektiver Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit	272
4. Urteil des LG Braunschweig vom 22. Juni 1949	273
a) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10	273
b) Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit vom 31. Dezember 1949	274
5. Fazit	275
IV. Die übrige Rechtsprechung des OGH zu Denunziationen	275
1. Relevante Straftatbestände	275
a) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10	275
aa) Objektiver Tatbestand	275
bb) Subjektiver Tatbestand	277
b) Das Verhältnis des KRG 10 zum deutschen Strafrecht	279
2. Verteidigungseinwände: Handeln auf Befehl oder bestehende Zwangslage	280
3. Rezeption in Literatur und Rechtsprechung	280
a) Die Ablehnung der Strafbarkeit von Denunziationen	281
b) Ansätze zur restriktiven Auslegung des objektiven Tatbestands des KRG 10	284
c) Ansätze zur restriktiven Auslegung des subjektiven Tatbestands des KRG 10	286
aa) Der Streit um die Vorsatzanforderungen des OGH	286
bb) Berücksichtigung etwaiger Motive und der Gesinnung des Täters	287
cc) Anforderungen an die Feststellung des Unrechtsbewusstseins	288
d) Das nachlassende Interesse an der Strafverfolgung von NS-Unrecht	289
V. Überblick über die weitere Strafverfolgung in der Bundesrepublik	291
1. Die Ahndung von NS-Denunziationen nach deutschem Strafrecht	291
2. Der Abschluss der Strafverfolgung	293
3. Die Strafverfolgung von DDR-Denunziationen	294
VI. Würdigung	296
<i>D. „Reichspogromnacht“</i>	298
I. Überblick	298
1. Die nationalsozialistische Judenverfolgung vor 1938 und der Ablauf der „Reichspogromnacht“	298

2. Bilanz der Strafverfolgung durch westdeutsche Gerichte	301
II. Verfahren gegen <i>Walter Jasser</i> wegen Beteiligung an der „Reichspogromnacht“ in Rosbach an der Sieg	303
1. Gegenstand der Anklage	303
2. Urteil des LG Bonn vom 26. September 1947	305
3. Vorlagebeschluss des OLG Köln vom 6. August 1948	307
4. Urteil des OGH vom 22. Februar 1949	307
a) Schwere Brandstiftung, § 306 Nr. 1 StGB	307
b) Landfriedensbruch, § 125 StGB	308
aa) Anwendbarkeit im NS-Staat	308
bb) Einfacher Landfriedensbruch, § 125 Abs. 1 StGB	309
cc) Schwerer Landfriedensbruch, § 125 Abs. 2 StGB	310
c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10 . . .	311
aa) Verhältnis zwischen dem KRG 10 und dem deutschen Strafrecht	311
bb) Tatbestandsmäßigkeit	311
d) Verteidigungseinwände	312
aa) Fehlende Kausalität	312
bb) Handeln auf Befehl	312
cc) Verfolgungsverjährung	313
(1) Problematik	313
(2) Rechtslage in der britischen Zone	314
5. Weiterer Verfahrensverlauf	316
a) Urteil des LG Bonn vom 14. Februar 1950	316
aa) Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens	316
bb) Widerstand gegen die Rechtsprechung des OGH	317
b) Beschluss des OGH vom 23. August 1950	320
c) Urteil des LG Bonn vom 20. Oktober 1950	321
6. Fazit	322
III. Die übrige Rechtsprechung des OGH zur „Reichspogromnacht“	323
1. Relevante Straftatbestände	323
a) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Art. II Nr. 1 lit. c KRG 10 . . .	323
b) Landfriedensbruch, § 125 StGB	324
c) Weitere Straftatbestände	325
2. Verteidigungseinwände: Handeln auf Befehl und Notstand	326
3. Rezeption in der Rechtsprechung	327
a) Restriktive Auslegung der Straftatbestände	327
b) Verkenning des Unrechtsgehalts und Strafmilderung	329
IV. Überblick über die weitere Strafverfolgung in der Bundesrepublik	330
V. Würdigung	333

Schlussbetrachtung	335
<i>A. Zusammenfassung</i>	335
<i>B. Die Rolle des OGH bei der Aufarbeitung von NS-Unrecht</i>	339
Anhang	343
<i>Anlage I – Kontrollratsgesetz Nr. 10</i>	343
<i>Anlage II – Verfahrensübersicht</i>	346
Quellen- und Beständeverzeichnis	357
Literaturverzeichnis	359
Personenverzeichnis	383
Sachverzeichnis	385

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1:</i> Neueingänge und erledigte Strafsachen des OGH mit Bezug zum KRG 10.....	46
<i>Abbildung 2:</i> Urteilspraxis des OGH zum KRG 10	47
<i>Abbildung 3:</i> Übersicht über die an den Verfahren zum KRG 10 beteiligten OGH-Richter	50

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
a.F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AHK	Alliierte Hohe Kommission
a.M.	am Main
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AT	Allgemeiner Teil
Az.	Aktenzeichen
BArch	Bundesarchiv
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd.	Band
Bde.	Bände
bez.	bezeichnend
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Amtliche Entscheidungssammlung des BGH in Strafsachen
BGHZ	Amtliche Entscheidungssammlung des BGH in Zivilsachen
Bl.	Blatt
brit.	britisch
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Entscheidungssammlung des BVerfG
bzw.	beziehungsweise
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DBG	Deutsches Beamtengesetz
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDR-StGB	Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe[n]
DM	Deutsche Mark

DOG	Deutsches Obergericht
Dr.	Doktor
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DRZ	Deutsche Rechtszeitschrift
DStR	Deutsches Strafrecht
DVO	Verordnung zur Durchführung der Militärregierungsverordnung Nr. 98 über die Errichtung eines Obersten Gerichtshofes für die Briti- sche Zone
ebd.	ebenda; ebendort
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
f.	folgende Seite
ff.	folgende Seiten
Fn.	Fußnote
gem.	gemäß
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte
HSR	Historical Social Research
Hrsg.	Herausgeber
i.d.F.	in der Fassung
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IMT	Internationales Militärtribunal/Militärgerichtshof in Nürnberg
IMT-Statut	Statut des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg
insbes.	insbesondere
ISTGH-Statut	Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs
JA	Juristische Arbeitsblätter
JJZG	Jahrbuch der Juristischen Zeitgeschichte
JMBL. NRW	Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
JoJZG	Journal der Juristischen Zeitgeschichte
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
KJ	Kritische Justiz
KRG	Kontrollratsgesetz
KSSVO	Kriegssonderstrafrechtsverordnung
KStVO	Kriegsstrafverfahrensordnung
KWVO	Kriegswirtschaftsverordnung
KZ	Konzentrationslager
LAV	Landesarchiv
lfd.	laufende
LG	Landgericht
LK	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht

MK	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch
MRG	Militärregierungsgesetz
MRVO	Militärregierungsverordnung
MStGB	Militärstrafgesetzbuch
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NdsRpfl.	Niedersächsische Rechtspflege
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	Nomos Kommentar zum Strafgesetzbuch
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus; nationalsozialistisch
NS-AufhG	Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege
NS-AufhGÄndG	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
OGH/OGHBZ	Oberster Gerichtshof für die Britische Zone
OGHSt	Amtliche Entscheidungssammlung des OGH in Strafsachen
OKM	Oberkommando der Marine
OLG	Oberlandesgericht
Orig.	Original
o.V.	ohne Verfasserangabe
RAO	Rechtsanwaltsordnung für die britische Zone
RG	Reichsgericht
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGSt	Amtliche Entscheidungssammlung des RG für Strafsachen
RGZ	Amtliche Entscheidungssammlung des RG für Zivilsachen
RJ	Rechtshistorisches Journal
RKG	Reichskriegsgericht
RM	Reichsmark
Rn.	Randnummer
Rs.	Rückseite
Rspr.	Rechtsprechung
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
RuP	Recht und Politik
s.	siehe
S.	Seite
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SchiHA	Schleswig-holsteinische Anzeigen
SHAEF	Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force
SJZ	Süddeutsche Juristenzeitschrift
SK	Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch
SMAD	Sowjetische Militäradministration
Sp.	Spalte
SS	Schutzstaffel der NSDAP
StA	Staatsanwaltschaft
StGB	Strafgesetzbuch

StPO	Strafprozessordnung
StrÄndG	Strafrechtsänderungsgesetz
StrRG	Gesetz zur Reform des Strafrechts
StS	Strafsenat
StV	Strafverteidiger
u.a.	und andere
Urt.	Urteil
v.	von; vom
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
vgl.	vergleiche
VOBL. BZ	Verordnungsblatt für die Britische Zone
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZAkDR	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht
z.B.	zum Beispiel
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZJA	Zentraljustizamt für die Britische Zone
ZJBl.	Zentral-Justizblatt für die Britische Zone
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte
ZRG GA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZVOBl.	Zentralverordnungsblatt

Einleitung

„Der OGH hat, wie seine ersten Entscheidungen erkennen lassen, das Wesen des nazistischen Unrechtssystems in seiner Tiefe und seiner Vielgestaltigkeit erfaßt und hieraus im wesentlichen die richtigen Folgerungen gezogen. Deshalb besteht begründeter Anlaß zu der Annahme, daß unter seiner Leitung die künftige Rspr. der deutschen Gerichte mehr als bisher zu einer gerechten Sühne für die im ‚Dritten Reich‘ begangenen Untaten führen werde.“¹

A. Thema und Fragestellung

Das vorgenannte Zitat des OGH-Richters *Werner* lässt erahnen, weshalb der in der Forschung lange Zeit unbeachtete OGH heute zu Recht als vielversprechender Forschungsgegenstand der Juristischen Zeitgeschichte gilt.² Errichtet im Frühjahr 1948, war der OGH mit Sitz in Köln nach der Schließung des RG im April 1945 bis zur Gründung des BGH zum 1. Oktober 1950 das oberste Revisionsgericht in Zivil- und Strafsachen auf dem Gebiet der britischen Zone. Wie im Einzelnen aufzuzeigen sein wird, sollte sich die Urteilspraxis des OGH zur Aufarbeitung³ von NS-Unrecht grundlegend von der übrigen Nachkriegsrechtsprechung unterscheiden. Denn wie es das Eingangszitat andeutet, setzte es sich der OGH zum Ziel, die Verbrechen des NS-Staates in aller Deutlichkeit aufzuzeigen und konsequent zu verfolgen.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit sollen die dogmatischen Grundsätze des OGH zur Aufarbeitung von NS-Unrecht herausgearbeitet und deren Bedeutung für die Fortentwicklung der Strafrechtsdogmatik aufgezeigt werden. Untersucht werden dabei nicht nur die Urteile des OGH zu einzelnen NS-Verbrechenskomplexen, sondern auch die teils unveröffentlichten Entscheidungen der Instanzgerichte und des BGH. Diese Vorgehensweise ermöglicht einen Einblick in den unterschiedlichen Umgang der Rechtsprechung. Im Fokus der Betrachtung steht die rechtliche Würdigung der Verteidigungslinien, die in den einzelnen NS-Pro-

¹ *W. Werner*, NJW 1949, 170 (174).

² Vgl. *Form/Pöpken/Wogersien*, in: Justizministerium des Landes NRW (Hrsg.), *Verbrechen gegen die Menschlichkeit*, S. 1.

³ Unter dem Terminus der Aufarbeitung wird vorliegend eine gerichtliche Aufklärung und strafrechtliche Würdigung der NS-Verbrechen verstanden, vgl. hierzu *I. Keller*; *Die strafrechtliche Aufarbeitung von DDR-Justizunrecht*, S. 32 ff.

zessen eine tragende Rolle gespielt haben. Dabei soll aufgezeigt werden, dass von Seiten der Lehre und der übrigen westdeutschen Justiz auf restriktive Auslegungsgrundsätze und dogmatische Rechtsfiguren zurückgegriffen wurde, die einer umfassenden Ahndung der NS-Verbrechen im Weg standen. Neben dem Aufzeigen der Unterschiede in der Rechtsprechung wird zu klären sein, inwieweit die Rechtsauslegung des OGH die Möglichkeiten zu einer „gerechteren Sühne“ der NS-Verbrechen geboten hat. Ein Schwerpunkt der Darstellung liegt hierbei auf der Rechtsprechung des OGH zu dem vielkritisierten Kontrollratsgesetz Nr. 10 (KRG 10). Ferner stellt sich die Frage, wie sich die aufgestellten Grundsätze innerhalb der westdeutschen Justiz durchsetzen konnten.

Die Abhandlung erhebt hierbei nicht den Anspruch, die gesamte Rechtsprechung des OGH zur Strafverfolgung von NS-Unrecht zu analysieren.⁴ Sie konzentriert sich vielmehr auf die vier NS-Verbrechenskomplexe NS-„Euthanasie“, Justizverbrechen, Denunziationen und „Reichspogromnacht“. Nicht eingegangen wird auf die weiteren vor dem OGH verhandelten Tatkomplexe der Verbrechen nach der Machtergreifung, wie Ausschreitungen, Misshandlungen, Anprangerungen oder Tötungen politischer Gegner, sowie den im Amt begangenen NS-Verbrechen. Außer Betracht bleiben schließlich die Verfahren zu Endphaseverbrechen, Verbrechen gegen Juden durch Anprangerung und Misshandlung sowie sonstige NS-Verbrechen wie etwa Verschleppungen von sog. „Zigeunern“ nach Auschwitz. Die vorgenommene Beschränkung auf die ausgewählten Tatkomplexe ergibt sich aus folgenden Gründen: Wie im Einzelnen darzustellen sein wird, vollzog sich insbesondere bei der juristischen Aufarbeitung der NS-„Euthanasie“ und der Justizverbrechen ein grundlegender Wandel. Von der Lehre und der Rechtsprechung wurden dabei dogmatische Rechtsfiguren und Konstruktionen entwickelt, wie etwa der übergesetzliche entschuldigende Notstand oder die „Vorsatzschwelle“ bei der Auslegung des Rechtsbeugungstatbestands, die die Rechtsentwicklung wesentlich prägen sollten. Gerade bei diesen Tatkomplexen bietet es sich daher an, die vom OGH aufgestellten dogmatischen Grundsätze herauszuarbeiten und der Position der übrigen Nachkriegsrechtsprechung gegenüberzustellen. Herausgriffen wurden zudem die Verbrechenskomplexe der Denunziationen und der „Reichspogromnacht“, nachdem diese mit rund 38% bzw. 20% den größten Anteil der vor dem OGH verhandelten Fälle zum KRG 10 bildeten und somit einen repräsentativen Blick auf die Rechtsprechung zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit ermöglichen.⁵

Von der Bedeutung nicht zu unterschätzen, gleichwohl aber nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit, ist die Bedeutung der Judikatur des OGH für die Fortentwicklung des Völkerstrafrechts. Darüber hinaus können im Rahmen der

⁴ Vgl. hierzu die Verfahrensstatistik der vor dem OGH verhandelten NS-Verbrechen auf S. 47 ff. m.w.N.

⁵ Vgl. die Verfahrensstatistik auf S. 47.

strafrechtsdogmatisch ausgerichteten Analyse zivilrechtliche, politische oder historische Aspekte, die im Zusammenhang mit der Ahndung von NS-Unrecht stehen, allenfalls am Rande berücksichtigt werden.

B. Forschungsstand

I. Quellenlage

Als Grundlage für die Urteilsanalysen diene in erster Linie die drei Bände umfassende amtliche Entscheidungssammlung des OGH in Strafsachen (OGHSt). Die Mehrzahl der den Prozessserien zugrundeliegenden Entscheidungen des OGH, der Landgerichte und des BGH ist zudem dokumentiert in der von *Christiaan F. Rüter* und *Dick de Mildt* herausgegebenen Urteilssammlung „Justiz und NS-Verbrechen“⁶ sowie der von *de Mildt* veröffentlichten Edition zur „Euthanasie“-Rechtsprechung ost- und westdeutscher Gerichte⁷. Darüber hinaus ließ sich auf Urteilsauszüge in zeitgenössischen Fachzeitschriften zurückgreifen. Als hilfreich erwies sich zudem die im Jahr 2010 von *Werner Schubert* herausgegebene Edition des Nachschlagewerks der Straf- und Zivilsachen des OGH.⁸ Um einen Blick auf den vollständigen Instanzenzug in den Prozessserien zu ermöglichen, wurden darüber hinaus bislang unveröffentlichte Urteile und Beschlüsse gesichtet.⁹ Die Primärquellen zum OGH einschließlich sämtlicher Revisionsentscheidungen mit Bezug zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie zahlreicher instanzgerichtlicher Entscheidungen befinden sich im Bundesarchiv Koblenz. Die dort nicht befindlichen Abschriften landgerichtlicher Urteile konnten in Beständen der Landesarchive Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen eingesehen werden.

II. Stand des Schrifttums und Forschungsdesiderat

Vorhanden sind bislang Arbeiten, die sich mit einzelnen Aspekten der Gründung und Rechtsprechung des OGH auseinandersetzen. So gibt es Veröffentlichungen, die sich mit der Justizpolitik in der britischen Zone befassen und hierbei Bezug zur Errichtung des OGH nehmen.¹⁰ Die Forschungslücke im Hinblick

⁶ *Rüter/de Mildt* (Hrsg.), Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–2012, 49 Bde.

⁷ *de Mildt* (Hrsg.), Tatkomplex: NS-Euthanasie. Die ost- und westdeutschen Strafurteile seit 1945, 2 Bde.

⁸ *Schubert* (Hrsg.), Oberster Gerichtshof für die Britische Zone (1948–1950).

⁹ Vgl. detailliert hierzu die Verfahrensübersicht und das Quellenverzeichnis im Anhang auf S. 346 ff. und 357.

¹⁰ *Wenzlau*, Der Wiederaufbau der Justiz in Nordwestdeutschland 1945 bis 1949; *Stolleis*, Das Parlament 1987, 8.

auf die Einordnung der Zivilrechtsjudikatur des OGH konnte jüngst durch die Dissertation „Im Namen des Rechts“ – Der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone als Höchstgericht in Zivilsachen zwischen Tradition und Neuordnung“ von *Martin Griess* aus dem Jahr 2015 geschlossen werden.¹¹ Eine Auswertung der Rechtsprechung zu Zivilsachen war zuvor lediglich durch einen im Jahr 1981 erschienenen Zeitschriftenbeitrag von *Reinhard Zimmermann* erfolgt.¹² *Griess* beschäftigt sich in seiner 420-seitigen Abhandlung mit der Frage nach Kontinuitäten und Zäsuren zwischen der Zivilrechtsprechung des OGH und der Judikatur des RG und des BGH.¹³ Unter Heranziehung umfangreichen Archivmaterials widmet er sich nicht nur der Rechtsprechungsanalyse, sondern auch den institutionellen und tatsächlichen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit des Gerichts sowie dessen personeller Besetzung. Hierbei ermöglicht *Griess* erstmals einen Blick auf das Arbeitsumfeld und Charakteristika der Zivilrichter des OGH. Abschließend resümiert *Griess*, dass der OGH nicht nur als „Bindeglied“ zwischen dem RG und dem BGH zu würdigen ist, sondern auch „als Höchstgericht, das unter schwierigen Rahmenbedingungen die Fahne der Rechtsstaatlichkeit wieder aufzurichten half“.¹⁴ Trotz seines kurzen Bestehens konstatiert *Griess*, dass der OGH in organisatorischer und judikativer Hinsicht durchaus ein „eigenes Profil“ begründen konnte und sich dessen Urteilspraxis sowohl im Straf- als auch im Zivilrecht als eine „Episode ‚Im Namen des Rechts‘“ bezeichnen lässt.¹⁵

Hinsichtlich der Rechtsprechung in Strafsachen wurden zwar deutlich mehr Beiträge veröffentlicht, doch konzentrieren sich diese auf einzelne Teilaspekte. Vorhanden sind zunächst zeitgenössische Zeitschriftenbeiträge, die sich vorwiegend auf die Anwendung des KRG 10¹⁶ beziehen. Eine umfassende Darstellung der Urteilspraxis findet sich bislang in der 130-seitigen juristischen Dissertation von *Karl-Alfred Storz* aus dem Jahr 1969.¹⁷ Den Schwerpunkt seiner Arbeit legt *Storz* dabei auf dogmatische, für die Rechtsentwicklung bedeutsame Ansätze aus dem Bereich des Straf- und Strafprozessrechts. Die alleinige Be-

¹¹ *Griess*, „Im Namen des Rechts“.

¹² *R. Zimmermann*, ZNR 1981, 158 ff. Zum bisherigen Forschungsstand in Zivilsachen vgl. im Übrigen *Griess*, „Im Namen des Rechts“, S. 8 ff.

¹³ Vgl. *Griess*, „Im Namen des Rechts“, S. 2 f.

¹⁴ *Griess*, „Im Namen des Rechts“, S. 389.

¹⁵ *Griess*, „Im Namen des Rechts“, S. 387 ff., 390.

¹⁶ Beispielhaft zu nennen sind die Beiträge von *Geier*, SJZ 1950, 657 ff.; *Klefsch*, MDR 1949, 324 ff.; *Jagusich*, MDR 1949, 83 ff.; *ders.*, SJZ 1949, 620 ff.; *ders.*, SJZ 1949, 324 ff.; *Lange*, SJZ 1948, 655 ff.; *ders.*, JR 1950, 615 ff.; *W. Werner*, NJW 1949, 170 ff.; *ders.*, JR 1950, 561 ff. Gegenstand zahlreicher Veröffentlichungen waren zudem die vom OGH aufgestellten Grundsätze im Rahmen der Aufarbeitung der NS-„Euthanasie“, vgl. etwa die Urteilsanmerkungen von *Hartung*, NJW 1950, 151 f.; *Eb. Schmidt*, SJZ 1949, 559 ff.; *Welzel*, MDR 1949, 373 ff. Im Übrigen sei verwiesen auf die Literaturnachweise im zweiten und dritten Kapitel.

¹⁷ *Storz*, Die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone in Strafsachen.

urteilungsgrundlage dieser Abhandlung bildeten allerdings veröffentlichte Urteile. Darüber hinaus lässt das Werk zeitgeschichtliche Aspekte, wie die Rechtsprechung zum KRG 10, weitgehend außer Betracht. Beachtung wird der Rolle des OGH bei der juristischen Aufarbeitung von NS-Unrecht erst in neueren Publikationen geschenkt: Als grundlegende Veröffentlichungen aus rechtswissenschaftlicher Sicht sind die Beiträge von *Gerhard Pauli* aus dem Jahr 1996¹⁸ und von *Hinrich Rüping*¹⁹ aus den Jahren 1999/2000 anzusehen. Vorhanden ist zudem ein Tagungsband aus dem Jahr 2012 über die Judikatur des OGH zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit juristischen und geschichtswissenschaftlichen Beiträgen, u.a. von *Michael S. Bryant*, *Wolfgang Form*, *Henning Radtke* und *Gerhard Pauli*.²⁰ Darüber hinaus enthält der Band einen Index der Richter, einen Verfahrensindex der Strafsenate über sämtliche Entscheidungen des OGH mit Bezug zum KRG 10 sowie Kurzbiographien über die Richter und Staatsanwälte.²¹ Daneben finden sich in rechtswissenschaftlichen Arbeiten Rechtsprechungsanalysen zu einzelnen NS-Verbrechenskomplexen.²² Gewürdigt wird in neuerer Zeit zudem die Rolle des OGH bei der Fortentwicklung des Völkerstrafrechts.²³ Schließlich nehmen eine Reihe von historischen Publikationen Bezug auf die Rechtsprechung des OGH bei der Ahndung von NS-Unrecht.²⁴

¹⁸ *Pauli*, in: Justizministerium des Landes NRW (Hrsg.), 50 Jahre Justiz in Nordrhein-Westfalen, S. 95 ff.

¹⁹ *Rüping*, JJZG 1 (1999/2000), 88 ff.; *ders.*, NStZ 2000, 355 ff.

²⁰ Vgl. *Justizministerium des Landes NRW* (Hrsg.), Verbrechen gegen die Menschlichkeit – Der Oberste Gerichtshof der Britischen Zone, u.a. mit den Beiträgen von *Form*, in: ebd., S. 8 ff.; *Pauli*, in: ebd., S. 64 ff.; *Bryant*, in: ebd., S. 114 ff.; *Radtke*, in: ebd., S. 124 ff.

²¹ *Form*, in: Justizministerium des Landes NRW (Hrsg.), Verbrechen gegen die Menschlichkeit, S. 194 ff.; *ders.*, in: ebd., S. 247 ff.; *Irmen/Pöpken*, in: ebd., S. 180.

²² Zu nennen sind etwa die Ausführungen zum Tatkomplex der NS-„Euthanasie“ in der Dissertation von *Burkhardt*, Das NS-Euthanasie-Unrecht vor den Schranken der Justiz, insbes. S. 481 ff., 564 ff.; vgl. auch *Tausch*, NJW 2017, 3099 f. Erwähnung finden die Grundsätze zur Aufarbeitung von NS-Justizunrecht beispielsweise bei *Freund*, Rechtsbeugung durch Verletzung übergesetzlichen Rechts, S. 120 ff.; v. *der Ohe*, Das Gesellschaftsbild des Bundesgerichtshofs, S. 42 ff. Eine Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung zum KRG 10 unter besonderer Berücksichtigung der Grundsätze zur Ahndung der Denunziationsverbrechen findet sich bei *Meyer-Seitz*, Die Verfolgung von NS-Straftaten in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 124 ff.

²³ Vgl. *Ambos*, Der allgemeine Teil des Völkerstrafrechts, S. 163 ff.; *Werle/Jeßberger*, Völkerstrafrecht, Rn. 39; *Kreß*, JZ 2016, 948 ff.

²⁴ Erwähnung findet der OGH etwa in den Monographien von *Raim*, Justiz zwischen Diktatur und Demokratie, insbes. S. 119 ff.; *Bahlmann*, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, S. 297 ff. Eine erste umfassende Darstellung der aufgestellten Grundsätze zum KRG 10 lieferte der Zeitschriftenbeitrag von *Broszat*, VfZ 29 (1981), 477 (482 ff.). Die Judikatur des OGH wird zudem u.a. in folgenden Beiträgen untersucht: *Boberach*, Geschichte im Westen 1997, 7 ff.; *Homann*, RuP 2001, 210 ff.; *dies.*, Herausforderungen an den Rechtsstaat durch Justizunrecht, insbes. S. 24 ff.; *dies.*, in: Begalke/Fröhlich/Glienke (Hrsg.), Der halbierte Rechtsstaat, S. 43 ff. Darüber hinaus ist die Urteilspraxis des OGH zum KRG 10 Untersuchungsgegenstand einer im Erscheinen befindlichen geschichtswissenschaftlichen Dissertation von *Pöpken*, Vergan-

Wie der Blick auf den Forschungsstand verdeutlicht, widmen sich gerade in jüngerer Zeit einige Monographien und Beiträge der Institution und der Rechtsprechung des OGH. Wie aufgezeigt worden ist, beleuchten sämtliche Arbeiten aber nur einzelne Teilaspekte der hier zugrundeliegenden Fragestellung. Eine umfassende rechtswissenschaftliche Darstellung zu den vom OGH aufgestellten strafrechtsdogmatischen Grundsätzen zur Ahndung von NS-Unrecht und deren Fortentwicklung fehlt dagegen bislang. Die vorliegende Arbeit will diese Forschungslücke schließen.

C. Vorgehensweise und Gang der Untersuchung

Die vorliegende Arbeit setzt sich in drei Kapiteln mit der Rechtsprechung des OGH zu NS-Verbrechen auseinander. Nach einem Überblick über die Geschichte des OGH im ersten Kapitel, wird im zweiten Kapitel auf die Anwendung des KRG 10 in der Rechtsprechung des OGH eingegangen. Einem Blick auf die Ausgangslage vor der Gründung des OGH (Kapitel 2, A.) und die gesetzliche Regelung des Tatbestands des Verbrechens gegen die Menschlichkeit (Kapitel 2, B.) folgt eine Darstellung von Problemschwerpunkten, die für die gesamte Rechtsprechung des OGH zu NS-Verbrechen relevant waren. Neben der Diskussion um die Verletzung des Rechtssatzes „*nullum crimen, nulla poena sine lege*“ (Kapitel 2, C.) und den vom OGH aufgestellten Grundsätzen zur Auslegung des Verbrechens gegen die Menschlichkeit (Kapitel 2, D.), wird auf das stark umstrittene Konkurrenzverhältnis zwischen dem KRG 10 und den Tatbeständen des StGB einzugehen sein (Kapitel 2, E.). Den Schwerpunkt der Abhandlung bildet das dritte Kapitel, in dem anhand der vier Verbrechenskomplexe der NS-„Euthanasie“ (Kapitel 3, A.), Justizverbrechen (Kapitel 3, B.), Denunziationen (Kapitel 3, C.) und „Reichspogromnacht“ (Kapitel 3, D.) die Rechtsprechung des OGH zu NS-Verbrechen dargestellt wird. Der Aufbau der Bearbeitung der einzelnen Tatkomplexe folgt stets dem gleichen Prinzip: Zunächst wird jeweils anhand eines Überblicks über das Ausmaß der begangenen NS-Verbrechen und die Bilanz der Strafverfolgung durch die westdeutschen Gerichte eine Einführung in die Thematik gegeben. Die sich anschließende dogmatische Untersuchung der Judikatur des OGH erfolgt beispielhaft anhand von ein bis zwei Prozessserien, wobei jeweils der gesamte Verfahrensgang einschließlich sämtlicher instanz- und revisionsgerichtlicher Entscheidungen chronologisch dargestellt wird. Schwerpunktmäßig gilt es hierbei, die Rechtsprechung zu den wesentlichen Problemschwerpunkten der NS-Verfahren, wie etwa die rechtliche Würdigung typischer Verteidigungslinien, materiell-recht-

genheitspolitik durch Strafrecht: Der Oberste Gerichtshof der Britischen Zone und die Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Baden-Baden 2020 (im Erscheinen).

lich zu analysieren. Eingegangen wird in diesem Zusammenhang zudem auf die Rezeption der Grundsätze des OGH in der zeitgenössischen Literatur. Die gewählte Vorgehensweise ermöglicht eine Gegenüberstellung zwischen der Position des OGH und der übrigen westdeutschen Rechtsprechung. Gleichzeitig lassen sich anhand der Prozessserien, die sich ab der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die 1950er Jahre erstreckten, neben der Rezeption der Grundsätze des OGH auch grundlegende Änderungen bei der juristischen Würdigung der NS-Verbrechen veranschaulichen.

Während sich die Rechtsprechung des OGH zur NS-„Euthanasie“ auf zwei Prozesse beschränkt, wurden bei den übrigen Verbrechenskomplexen Verfahren ausgesucht, anhand derer sich das Wechselspiel zwischen dem OGH und den Instanzgerichten eindrucksvoll veranschaulichen lässt. So wählten die Schwurgerichte oftmals einen anderen Weg, der eine Ahndung der NS-Verbrechen erschwerte oder gar unmöglich machte. Fast ausschließlich handelt es sich bei den Beispielprozessen zudem um solche, die nach der erneuten Hauptverhandlung infolge der Zurückverweisung durch das Revisionsurteil des OGH in weiteren Verfahren verhandelt wurden. Teilweise entschied dabei auch der BGH in derselben Sache, was einen direkten Vergleich zwischen dem OGH und seinem Nachfolgegericht ermöglicht.

Der Darstellung der einzelnen Prozessserien schließt sich ein Überblick über die übrige Rechtsprechung des OGH²⁵ und die weitere Strafverfolgung in der Bundesrepublik an, wobei in den Abschnitten zu den Justizverbrechen und Denunziationen zudem ein Seitenblick auf die Grundsätze des BGH zur Strafverfolgung des DDR-Systemunrechts geworfen wird. In einer kritischen Würdigung gilt es am Ende eines jeden Verbrechenskomplexes zu klären, welche Bedeutung der Judikatur des OGH insgesamt zukommt und inwieweit diese zur Fortentwicklung der Strafrechtsdogmatik beitragen konnte. Zuletzt werden in einer Schlussbetrachtung die wesentlichen Ergebnisse der Abhandlung zusammengefasst und eine abschließende Würdigung vorgenommen.

Zur Vorgehensweise sei folgendes angemerkt: Soweit auf unveröffentlichte Entscheidungen zurückgegriffen wurde, werden diese nach Bezeichnung des Gerichts, Datum der Entscheidung, Aktenzeichen, Archivfundstelle und genauer Seitenbezeichnung zitiert. Bei den Urteilen, die aus den Bänden der von *Rüter* und *de Mildt* herausgegebenen Urteilssammlung „Justiz und NS-Verbrechen“ und der von *de Mildt* veröffentlichten Urteilssammlung zur NS-„Euthanasie“-Rechtsprechung herangezogen wurden, wird neben der Angabe des Gerichts und des Entscheidungsdatums noch der Band der jeweiligen Urteilssammlung, die laufende Nummer des Verfahrens und die genaue Seitenbezeichnung aufgeführt. Hinsichtlich der Zitierweise von Normen gilt, dass der

²⁵ Eine Ausnahme bildet der Verbrechenskomplex der NS-„Euthanasie“, da dem OGH zwei Verfahren zur Entscheidung vorlagen.

rechtlichen Beurteilung grundsätzlich jeweils der Gesetzestext in der zum Urteilszeitpunkt geltenden Fassung ohne den Zusatz a.F. zugrundegelegt wird.²⁶ Sofern zwischenzeitlich außer Kraft getretene oder geänderte Normen zitiert werden, wird bei erstmaliger Nennung auf die Fundstelle im RGBl. bzw. BGBl. verwiesen. Die in den Prozessakten geschwärzten oder abgekürzten Namen der Angeklagten werden – sofern sie bereits Gegenstand von Veröffentlichungen waren – vollständig wiedergegeben.²⁷

²⁶ Obwohl das „Reichsstrafgesetzbuch“ offiziell erst 1953 in „Strafgesetzbuch“ umbenannt wurde, werden Normen – wie in der vom OGH gewählten Form – nach dem StGB zitiert, vgl. zur Änderung im Jahr 1953 Art. 10 des 3. StrÄndG vom 6. August 1953, in: BGBl. 1953 I, 735 (750).

²⁷ Nicht genannt werden daher u.a. die Namen der Angeklagten in den Prozessserien zu den Denunziationen, vgl. dazu S. 246 ff.

Kapitel 1

Überblick über die Geschichte des OGH

A. Rahmenbedingungen

I. Die Errichtung der Besatzungsherrschaft und der „Stillstand der Rechtspflege“

Knapp einen Monat nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8./9. Mai 1945 übernahmen die Oberbefehlshaber der vier Hauptsiegermächte USA, Großbritannien, Sowjetunion und Frankreich mit der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945¹ die oberste Regierungsgewalt („supreme authority“) in Deutschland.² Zuständig „in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten“ war künftig der Alliierte Kontrollrat, der sich aus den vier Oberbefehlshabern zusammensetzte.³ Im gleichen Zuge wurde Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt, deren oberste Regierungsgewalt die Oberbefehlshaber der jeweiligen Militärregierung inne hatten.⁴ Als zentrale Besatzungsziele einigten sich die Vertreter der drei wichtigsten Alliierten USA, Großbritannien und Sowjetunion im Potsdamer Abkommen, dem Protokoll der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945, auf die Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung und Dezentralisierung Deutschlands.⁵

¹ Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik vom 5. Juni 1945, in: Abl. des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, 1946, 7 ff.

² *Benz/Scholz*, Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949, S. 55; *Görtemaker/Safferling*, Die Akte Rosenberg, S. 32.

³ Feststellung über das Kontrollverfahren in Deutschland vom 5. Juni 1945, in: Abl. des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, 1946, 10; deklaratorisch bekannt gegeben wurde die Arbeitsaufnahme durch die Proklamation Nr. 1 vom 30. August 1945, in: Abl. des Kontrollrats in Deutschland Nr. 1, 29. Oktober 1945, 4 f.; *Burkhardt*, Das NS-Euthanasie-Unrecht vor den Schranken der Justiz, S. 175 f.; *Hassel*, Kriegsverbrechen vor Gericht, S. 90.

⁴ Feststellung über die Besatzungszonen in Deutschland vom 5. Juni 1945, in: Abl. des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, 1946, 11; *Benz/Scholz*, Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949, S. 57. Die britische Zone erstreckte sich auf den Nordwesten Deutschlands und umfasste das Gebiet der späteren Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, NRW und Hamburg – Bremen hingegen war Enklave der amerikanischen Besatzungszone.

⁵ Vgl. Mitteilung über die Dreimächtekonferenz, in: Abl. des Kontrollrats in Deutschland,

Zur Vernichtung des „deutschen Militarismus und Nazismus“ sollten die Kriegsverbrecher bestraft, die Rüstungsindustrie abgebaut und die NSDAP, ihre Gliederungen sowie die NS-Gesetze abgeschafft werden.⁶ Bereits zuvor hatte Art. I Nr. 1 des Gesetzes Nr. 1 der Militärregierung für Deutschland, Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers der alliierten Streitkräfte⁷, zahlreiche NS-Grundgesetze, darunter das „Heimtückegesetz“ von 1934⁸ und die „Nürnberger Gesetze“ von 1935⁹, beseitigt.¹⁰ Dem schloss sich Art. I Nr. 1 des Kontrollratsgesetzes Nr. 1 (KRG 1) vom 20. September 1945¹¹ an, das weitere diskriminierende und politische Gesetze, wie das „Ermächtigungsgesetz“ von 1933¹², außer Kraft setzte. Insgesamt 40 Straftatbestände aus dem RStGB, darunter das gesamte Staatsschutzrecht (§§ 80–94 RStGB), verloren durch Art. I Kontrollratsgesetz Nr. 11 (KRG 11) vom 30. Januar 1946¹³ ihre Gültigkeit.¹⁴ Beseitigt wurden nach Art. II Nr. 1 KRG 11 zudem NS-Terrorgesetze wie die „KSSVO“¹⁵, die „Rundfunkverordnung“¹⁶, die sog. „Volksschädlingsverordnung“¹⁷ oder die „Polenstrafrechts-

Ergänzungsblatt Nr. 1, 1946, 13 ff.; *Benz/Scholz*, Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949, S. 51; *Morsey*, Die Bundesrepublik Deutschland, S. 3.

⁶ Vgl. Mitteilung über die Dreimächtekonferenz, in: *Abl. des Kontrollrats in Deutschland*, Ergänzungsblatt Nr. 1, 1946, 14 f.; *Görtemaker/Safferling*, Die Akte Rosenberg, S. 33.

⁷ Das Gesetz ist abgedruckt in: *Brandl* (Hrsg.), Das Recht der Besatzungsmacht, S. 71 ff. Der Geltungsbereich der Vorschriften der alliierten Streitkräfte in Nordwesteuropa (SHAEF) unter Oberbefehlshaber General Dwight D. Eisenhower erstreckte sich auf das Gebiet der späteren westlichen Besatzungszonen; in Kraft traten die nicht datierten Gesetze des SHAEF mit dem Einmarsch in Deutschland am 18. September 1944 bzw. am Tag der Besetzung in dem jeweiligen Gebiet, vgl. *Brandl* (Hrsg.), Das Recht der Besatzungsmacht, S. 5 ff.; *Etzell*, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945–1948), S. 6 Fn. 6. Die Vorschriften des SHAEF sind im Folgenden mit dem Zusatz „Militärregierung für Deutschland“ versehen.

⁸ „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen“ („Heimtückegesetz“) vom 20. September 1934, RGBl. 1934 I, 1269.

⁹ „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ („Blutschutzgesetz“) und „Reichsbürgergesetz“ vom 15. September 1935, RGBl. 1935 I, 1146.

¹⁰ Eingehend zur „Entnazifizierung“ des Strafrechts *Etzell*, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945–1948), S. 80 ff.; *Laage*, Gesetzliches Unrecht, S. 29 ff.; *Schroeder*, in: *Löhnig* (Hrsg.), Zwischenzeit, S. 201 (206 ff.); *Vogel*, Einflüsse des Nationalsozialismus auf das Strafrecht, S. 22 ff.

¹¹ *Abl. des Kontrollrats in Deutschland* Nr. 1, 29. Oktober 1945, 6 ff.

¹² „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ vom 24. März 1933, RGBl. 1933 I, 41.

¹³ *Abl. des Kontrollrats in Deutschland* Nr. 3, 31. Januar 1946, 55 ff.

¹⁴ *Schroeder*, in: *Löhnig* (Hrsg.), Zwischenzeit, S. 201 (209); zu Einzelheiten *Etzell*, Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945–1948), S. 83 ff.

¹⁵ „Verordnung über das Sonderstrafrecht im Krieg und bei besonderem Einsatz“ („Kriegs-sonderstrafrechtsverordnung“) vom 17. August 1938, RGBl. 1939 I, 1455.

¹⁶ „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ („Rundfunkverordnung“) vom 1. September 1939, RGBl. 1939 I, 1683.

¹⁷ „Verordnung gegen Volksschädlinge“ („Volksschädlingsverordnung“) vom 5. September 1939, RGBl. 1939 I, 1679.

Personenverzeichnis

- Adenauer, Konrad 51, 304
Arndt, Adolf 51
- Bauer, Fritz 13, 55, 237
Binding, Karl 92 f., 110, 143 f., 176
Blankenhorn, Herbert 304
Bockelmann, Paul 264
Borm, Kurt 176
Bouhler, Philipp 93, 98, 173
Brack, Viktor 98
Brandt, Karl 93, 96, 98, 173
Brauer, Rudolf 43, 320
Brumshagen, Karl 48, 226–229
Busch, Hans-Gerhard 187–205
- Churchill, Winston 268
Conti, Leonardo 98
Creutz, Walter 136, 139–143, 146–156,
162–169
- Dahs, Hans 45, 304, 306
Dehler, Thomas 47, 51–54
Dickmann, [o. V.] 210
Dietl, Eduard 285
Dresky, Friedrich Karl von 187–189,
192, 198
- Ehard, Hans 39
Eich, Karl 210, 219
Eichmüller, Andreas 332
Eisenhower, Dwight D. 10
Engels, Joseph 43, 52
Erzberger, Matthias 61
Ewald, Gottfried 116
- Faltheuser, Valentin 96
Faustmann, Heinz 187–205
Feldmann, Horst 67, 284
Feuerbach, Paul Johann Anselm von 62 f.
Floegel, Johannes 42
Form, Wolfgang 5, 48
- Frank, Hans 185
Freisler, Roland 148, 235
- Gail, Alfred 187–189
Galen, Clemens August Graf von 95
Geier, Friedrich-Wilhelm 41, 49, 52, 105,
212, 230, 265, 270, 307, 331
Geiger, [o. V.] 208 f., 218–220
Geiler, Karl 37
Goebbels, Josef 299 f.
Goerdeler, Carl Friedrich 23, 289 f.
Grieß, Martin 4
Groß, Alfred 40, 49
Günther, Eberhard 223–226
Gürtner, Franz 185
- Haensel, Carl 217
Hagemann, Karl-Heinrich 223–226
Hansen, [o. V.] 210
Harlan, Veit 49, 190
Hartung, Fritz 42, 157, 159, 162
Hegener, Richard von 153
Hertz, [o. V.] 209, 218–220
Heyde, Werner 98, 173
Hippel, Robert von 112
Hitler, Adolf 93–96, 109, 173, 223 f., 300
Hoche, Alfred 92 f., 110, 144, 175
Hodenberg, Hodo Freiherr von 65–68,
282
Hoegner, Wilhelm 27
Holzwig, Adolf Herbert 48, 187–207
- Irmen, Helmut 48
- Jagus, Heinrich 41 f., 49 f., 52, 76, 105,
149, 193, 212, 230, 257, 270, 307, 320,
331
Jansen, Peter 43
Jasser, Walter 75, 303–323, 337
Jürgens, Franz 226

- Keil, Adalbert 32, 45
 Kiesselbach, Wilhelm 15, 28–32, 37, 39, 51–53, 70
 Klefisch, Theodor 157–159, 282 f., 285, 289, 304, 316 f.
 Kolbow, Karl-Friedrich 101
 Korreng, August 226
 Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 157
 Kuhn, Georg 40, 52
 Kusch, Oskar 223–226
 Lange, Alfred 44
 Linden, Herbert 96, 98
 Meyer-Abich, Friedrich 55, 69
 Mildt, Dick de 3
 Müllender, Luise 140–146, 149–157, 166–168
 Müller, Walter 207–222
 Murhard, Karl 209 f., 219
 Nissen, Rolf 236
 Oehler, Dietrich 160
 Panse, Friedrich 139 f., 143–156, 162–169
 Pauli, Gerhard 5
 Petermann, Heinrich 128–140, 148–151, 162–165, 170–173
 Peters, Karl 157–159, 203, 205 f.
 Petersen, Rudolf Jasper 189–205
 Pfannmüller, Hermann 171–173
 Ploetz, Alfred 91
 Pohlisch, Kurt 139 f., 143–156, 162–169
 Pöpken, Christian 48
 Pork, Rudolf 101, 142
 Radbruch, Gustav 78 f., 80, 89, 191, 244, 338
 Rehse, Karl-Heinz 235–237
 Renno, Georg 140
 Rohde, Max 139, 143–156, 162–169
 Rottleuthner, Hubert 53 f.
 Rudolphi, Joachim 203
 Rüping, Hinrich 5
 Ruscheweyh, Herbert 28, 37
 Rüter, Christiaan F. 3
 Sander, Otto 189–205
 Schetter, Rudolf 28, 30
 Schilling, Martin 187–189
 Schneider, Alfred 100–109, 126–137
 Schneidewin, Karl 31 f., 44 f., 52, 319, 329
 Schorn, Hubert 210 f.
 Schrübbers, Hubert 44, 52
 Schubert, Werner 3
 Schultz, Günther 202
 Schultz, Max 189–198
 Schwalenberg, Kurt 187 f.
 Schwärzel, Helene 23, 289 f.
 Seibert, Claus 56
 Simson, Eduard von 39, 41
 Staff, Curt 39 f., 49–51, 105, 149, 193, 212, 257, 265, 307, 320
 Statz, Leo 281
 Stolze, Heinrich 100–136
 Storz, Karl-Alfred 4
 Strack, Hans 41
 Strauß, Walter 53
 Thierack, Otto 185
 Tillessen, Heinrich 61, 87–89
 Wehrmann, Fritz 187–189
 Weinkauff, Hermann 37, 52–54
 Weissenfeld, Felix 139, 143–156, 162–169
 Werner, Fritz von 40 f., 52
 Werner, Wolfhart 1, 42, 52, 57, 77, 90, 149, 265, 339
 Wernicke, Hilde 99
 Wesse, Hermann 140–146, 149–157, 167 f., 337
 Wiczorek, Helene 99
 Wienhusen, Hans 281
 Wilde, Günther 43, 52
 Wimmer, August 39 f., 49–51, 68, 71–73, 88, 193, 257, 270
 Winkel, Leonhard 139, 148, 150
 Wolff, Ernst 31 f., 36–39, 40 f., 49–53
 Wrona, Anna 140–146, 149–157, 166–168
 Zimmermann, Reinhard 4

Sachverzeichnis

- Abgrenzung Täterschaft – Teilnahme 144–146, 156 f., 172 f.
 - animus auctoris 145, 173
 - animus socii 145
 - Badewannen-Fall 144 f., 157, 172
 - extrem subjektive Theorie 144–146, 172 f., 178
 - modifizierte subjektive Theorie 146, 151, 172
 - Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs 172 f.
 - Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 108, 151, 178, 338
 - Rechtsprechung des Reichsgerichts 108, 144 f.
 - Rezeption der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 121, 157
 - Staschynskij-Urteil 173
 - subjektive Theorie 108, 144–146, 151, 172 f.
 - Täterwillen 145, 149 ff., 157, 172 f., 307
- Abschreckungszweck 193–195, 199–201, 206 f., 225
- Ahndungsgesetze 314–316, 332
- Aktion Brandt 96 f., 101, 141 f.
- Aktion T4 93–95
 - Geheimerlass Hitlers, *siehe* Führer-erlass
 - Heil- und Pflegeanstalt, *siehe* dort
 - Rheinprovinz 138–140
 - Vernichtungsanstalt, *siehe* dort
 - Westfalen 100–102
 - Zwischenanstalt, *siehe* dort
- Alliierte Militärgerichte, *siehe* Militärgerichte
- Alliiertes Kontrollrat 9–11, 25
- Alternativklage 86–88, 311
- Amnestie 18, 61, 274 f., 301, 332, 339
- Amtsgerichte 12, 28
- Amtsverbrechen, *siehe* Verbrechen im Amt
- Analogieverbot 11, 63 f., 66
- Animus auctoris 145, 173
- Animus socii 145
- Anstiftung 59, 279, 331
- Anzeigeverbrechen, *siehe* Denunziationen
- Ärzteprozess, *siehe* Nürnberger Nachfolgeprozesse
- Ärztlicher Widerstand 100, 102 f., 142 f.
 - Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 117–121, 153–156
 - Rheinprovinz-Verfahren 142 f.
 - Überblick über den Meinungsstand zur rechtlichen Würdigung 137 f., 167 f., 179–181
 - übergesetzlicher entschuldigender Notstand, *siehe* dort
 - übergesetzlicher persönlicher Strafausschließungsgrund, *siehe* dort
 - übergesetzlicher rechtfertigender Notstand, *siehe* dort
 - Verbotsirrtum aufgrund umgesetzter Rettungsabsicht, *siehe* Verbotsirrtum
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit 120 f., 156
 - westfälischer NS-Euthanasie-Prozess 102 f.
 - Würdigung der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 137 f., 167 f., 179–181, 337 f.
 - Zweifel an der Widerstandsfähigkeit 169 f.
- Auslegung, restriktive, *siehe* restriktive Auslegung

- Badewannen-Fall 144 f., 157, 172
- Bayerisches Oberstes Landesgericht 26
- Begnadigung 60, 274
- Beihilfe 108, 121, 147 f., 150 f.
- Ursächlichkeit des Gehilfenbeitrags 108, 147 f., 150, 163
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit, *siehe* dort
 - Vorsatz 145, 150, 164
- Berliner Deklaration 9
- Berufsbeamtengesetz, *siehe* Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums
- Besatzungsgerichte, *siehe* Militärgerichte
- Besatzungsmacht, *siehe* Militärregierung
- Besatzungszonen 9, 17 f.
- Bestimmtheitsgrundsatz 62 f.
- Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 74 f.
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit 64 f., 67, 77
- Beteiligung
- Abgrenzung Täterschaft – Teilnahme, *siehe* dort
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit, *siehe* dort
- Beweiswürdigung
- Kritik des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 120, 156, 215, 222
 - zweifelhafte Beweiswürdigung 138, 146 f., 164 f., 207, 243, 297, 337
- Bilanz, *siehe* Urteilsbilanz
- Bindungswirkung 130, 164 f., 177, 199, 266, 321
- Bizone 27, 30 f.
- Blutschutzgesetz, *siehe* Nürnberger Gesetze
- Brandstiftung 302, 305, 307, 325, 330, 332
- Britische Militärregierung 12–15, 35 f.
- Kontrolle der deutschen Gerichtsbarkeit 35, 67 f., 75
 - Legal Division, *siehe* dort
 - Rechtsabteilung 14, 22, 67
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit 21–24, 86, 88, 289
- Buea-Fall 48, 187–207
- Bundesgerichtshof 50–56
- Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder 53 f., 245
 - ehemalige Richter des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 51 f.
 - Personalpolitik 53 f.
 - Präsident, *siehe* dort
 - Rechtsprechung zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit 54–56
- Bundesjustizministerium 47, 51–54
- Bundesverfassungsgericht 315, 332
- Case-Law-Argument 69, 74 f.
- Common Law 69
- Conditio-sine-qua-non-Formel, *siehe* Kausalität
- Dachauer-Prozesse 17
- Denunziationen 246–298
- alliierte Strafverfahren 249
 - Grundsatz der einheitlichen Betrachtungsweise 291 f., 294–297, 339
 - Meinungsstand zur Auslegung des Verbrechens gegen die Menschlichkeit 253–256, 280–289
 - mittelbare Täterschaft 279, 291 f.
 - objektiver Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit 252–254, 257–259, 270–272, 275–277
 - Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu DDR-Denunziationen 294–296
 - Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu NS-Denunziationen 291–294, 339
 - Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 256–263, 270–273, 275–281, 339
 - restriktive Auslegung des Verbrechens gegen die Menschlichkeit 252–257, 266, 281–289, 296 f.
 - Rezeption der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 256 f., 263 f., 280–290, 296 f., 339
 - subjektiver Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit 255–257, 260–264, 272 f., 277–279, 286–289

- Urteilsbilanz des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 47–49, 250
- Urteilsbilanz westdeutscher Gerichte 249 f.
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit 252–264, 270–290
- Verfahren gegen H. 266–275
- Verfahren gegen R. und J. 251–266
- Verteidigungseinwände in den NS-Prozessen 251, 260, 268, 280, 296
- Widerstand gegen die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 256 f., 262 f., 281–290, 339
- Würdigung der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 266, 275, 296–298, 339
- Zuständigkeit deutscher Gerichte zur Anwendung des Verbrechens gegen die Menschlichkeit 21–23
- Deutsche Demokratische Republik
 - Aufarbeitung von Denunziationen 294–296
 - Aufarbeitung von Justizverbrechen 237–244, 338, 341
 - Mauerschützen 241
 - Waldheimer Prozesse 237
- Deutsches Beamtengesetz 84, 113 f., 312
- Deutsches Obergericht für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet 30 f.
- Dezentrale Euthanasie 95–97
- Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens 91–93, 110, 143 f., 175 f.

- Eichberg-Prozess 174
- Einheitstäterschaft 59, 82
- Endphasenverbrechen, *siehe* Verbrechen in der Endphase
- Entnazifizierung
 - der NS-Gesetze 9–11, 25 f.
 - Entnazifizierungsverfahren 12–14, 43, 45, 89
 - Scheitern 13 f., 37, 335
- Entschuldigender Notstand
 - Denunziationen 280
 - NS-Euthanasie 115–117, 152, 174
 - Reichspogromnacht 313, 326 f.
- Entschuldigungsgründe
 - entschuldigender Notstand, *siehe* dort
 - Nötigungsnotstand, *siehe* dort
 - übergesetzlicher entschuldigender Notstand, *siehe* dort
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit 85 f.
- Erfolgsdelikt 263, 286
- Erfolgsqualifiziertes Delikt 262–264, 286, 296 f., 339
- Ermächtigungsgesetz, *siehe* Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich
- Eugenik 91 f.
- Euthanasie, *siehe* NS-Euthanasie
- Extrem subjektive Theorie, *siehe* Abgrenzung Täterschaft – Teilnahme

- Fahnenflucht 182, 188–190, 193, 198
- Fahrlässigkeit 83 f., 263
- Fall Brumshagen 48, 226–229
- Fall Huppenkothen 231 f.
- Fall Jasser, *siehe* Verfahren gegen Walter Jasser
- Fall Kusch 223–226
- Fall Rehse 235–237
- Fall Tillesen 87, 89
- Freiheitsberaubung 58, 191, 234 f., 279, 291, 325
- Freiwillige Gerichtsbarkeit 33
- Führerbefehl, *siehe* Führererlass
- Führererlass
 - Inhalt 93
 - Rechtswidrigkeit 103, 109 f., 174
- Führerermächtigung, *siehe* Führererlass

- Gefährdungsdelikt 263
- Gefahrgemeinschaft 122, 126, 130, 137, 337
- Geheimerlass Hitlers, *siehe* Führererlass
- Gehilfenrechtsprechung, *siehe* Abgrenzung zwischen Täterschaft und Teilnahme, extrem subjektive Theorie
- Generalstaatsanwaltschaft 13 f., 43 f.
- Gerichtsverfassung 11, 26, 35
- Geschäftsordnung
 - des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 34 f.
 - des Reichsgerichts 35

- Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen 10, 182, 246, 251, 277, 283
 Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit 18, 274 f., 289
 Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich 10
 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums 39, 298 f.
 Gesetzespositivismus, *siehe* Rechtspositivismus
 Gesetzgebungskompetenz
 – Besatzungsmacht 9, 16, 72 f., 336
 – Oberlandesgerichtspräsidenten 15 f.
 – Zentraljustizamt 15, 316
 Gesetzlichkeitsprinzip 62–76, 319
 – Analogieverbot, *siehe* dort
 – Bestimmtheitsgrundsatz, *siehe* dort
 – Grundgesetz 54, 64, 73–75, 320 f.
 – Rückwirkungsverbot, *siehe* dort
 Gesinnungsstrafrecht 225, 287
 Grausamkeit 107, 171, 326
 Grundgesetz
 – Erlass 73
 – Gesetzlichkeitsprinzip 54, 64, 73–75, 320
 Grundsatz der einheitlichen Betrachtungsweise 291 f., 294–297, 339

 Hadamar-Prozess 17, 98
 Handeln auf Befehl 60 f.
 – Denunziationen 280
 – Deutsches Beamtengesetz 84, 113 f., 312
 – Militärstrafgesetzbuch 60, 84 f., 312
 – NS-Euthanasie 113–115, 152, 174
 – Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 84 f., 113–115, 152
 – Reichspogromnacht 306, 312 f., 326 f.
 – Verordnung zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege 60, 84, 145, 113 f.
 Heil- und Pflegeanstalt
 – Dortmund-Aplerbeck 101
 – Eickelborn 101
 – Großschweidnitz 95
 – Gütersloh 101
 – Hadamar 95
 – Kaufbeuren-Irsee 95
 – Lengerich 101
 – Meseritz-Obrawalde 95 f., 115
 – Tiegenhof bei Gnesen 95
 – Warstein 100–102
 Heimtücke 106 f., 149, 171
 Heimtückegesetz, *siehe* Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen
 Hinselmann-Prozess 23

 Idealkonkurrenz 55, 87–90, 279 f., 311, 336
 Illegalen-Paragraph 274
 Immunität 61
 In dubio pro reo
 – Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 120, 155, 177
 – Widerstand gegen die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 124 f., 127 f., 161, 164, 177
 Internationaler Militärgerichtshof 16
 Irrtum
 – Putativnötigungsnotstand, *siehe* dort
 – Putativnotstand, *siehe* dort
 – Rechtsirrtum, *siehe* dort
 – Sachverhaltsirrtum, *siehe* dort
 – Sittengesetz 196
 – Tatsachenirrtum, *siehe* dort
 – Verbotsirrtum, *siehe* dort
 Iustitium, *siehe* Stillstand der Rechtspflege

 Judenverfolgung 298–301
 Juristenprozess, *siehe* Nürnberger Nachfolgeprozesse
 Justizverbrechen, *siehe* Deutsche Demokratische Republik, Justizverbrechen und NS-Justizverbrechen
 Justizverwaltung 14 f.

 Kalmenhof-Prozess 141
 Kammergericht Berlin 23, 114 f.

- Kapitulation der deutschen Wehrmacht 9, 187–189
- Kausalität
 - Beihilfe 108, 147 f., 150, 163
 - *conditio-sine-qua-non*-Formel 82 f., 108, 150, 312
 - Kollegialgericht 195 f., 205
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit 82 f., 195 f., 312
- Kindereuthanasie 97
 - Kinderfachabteilung, *siehe* dort
 - Rheinprovinz-Verfahren 140 f.
- Kinderfachabteilung
 - Egfling-Haar 171 f.
 - Kalmenhof bei Idstein 141
 - Waldniel-Hostert 140 f.
- Konkurrenzverhältnis
 - Denunziationen 87 f., 279 f.
 - Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 87 f., 279 f., 311, 336
 - Rezeption der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 90, 280
 - Verhältnis zwischen dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit und dem Strafgesetzbuch 73 f., 86–90, 279 f., 311
 - Widerstand gegen die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 90, 280, 311
 - Würdigung der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 90 f., 336
- Kontrollratsgesetz Nr. 1 10, 61
- Kontrollratsgesetz Nr. 4 11 f., 20, 26, 28
- Kontrollratsgesetz Nr. 10
 - Aufhebung 54–56
 - Bestimmtheitsgrundsatz, *siehe* dort
 - Beteiligungsformen 59
 - Erlass 17 f.
 - Ermächtigung deutscher Gerichte 19–24, 54–56
 - Handeln auf Befehl, *siehe* dort
 - Kriegsverbrechen 17 f., 58
 - Militärgerichtsprozesse 17, 21–23
 - Organisationsverbrechen 18
 - Präambel 17 f., 57
 - Rückwirkungsverbot, *siehe* dort
 - Tatbestände 18
 - Verbrechen gegen den Frieden 18, 58
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit, *siehe* dort
 - Verfahrensrecht 61 f.
 - Verjährung 61
 - Widerstand 54–56, 65–68, 75, 336
 - Zielsetzung 17 f., 20, 57, 336
- Kontrollratsgesetz Nr. 11 10, 63
- Konzentrationslager 22, 115, 258, 277, 301
 - Bergen-Belsen 17
 - Dachau 17, 39, 304
 - Natzweiler 17
 - Neuengamme 17
 - Ravensbrück 17
- Körperverletzung 262, 305, 325
- Kriegssonderstrafrechtsverordnung, *siehe* Verordnung über das Sonderstrafrecht im Krieg und bei besonderem Einsatz
- Kriegsverbrechen 10, 16–18
 - Kontrollratsgesetz Nr. 10 17 f., 58
 - Statut des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg 16
- Kriegswirtschaftsverordnung 138, 209
- Krupp-Prozess, *siehe* Nürnberger Nachfolgeprozesse
- Landfriedensbruch
 - Anwendbarkeit im NS-Staat 308 f.
 - einfacher Landfriedensbruch 309 f., 314, 324 f., 329 f.
 - schwerer Landfriedensbruch 305, 310, 329 f.
- Landgericht
 - Bonn 75, 210–212, 218 f., 305 f., 316 f., 321 f.
 - Braunschweig 268 f., 273–275
 - Dortmund 133 f.
 - Düsseldorf 144–149, 162–167, 227, 281, 326
 - Frankfurt am Main 141, 174 f.
 - Göttingen 175, 340
 - Hamburg 190–192, 198 f., 203–205, 227
 - Hannover 285
 - Kiel 225 f.

- Lübeck 290
- München I 171, 232
- Münster 103–105, 126–128, 135–137
- Oldenburg 252, 264 f., 327
- Schwurgericht, *siehe* dort
- Siegen 67, 329 f.
- Stuttgart 331
- Zuständigkeit zur Aburteilung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit 24 f.
- Legal Division 15, 22 f., 28, 39, 67
- Lex specialis, *siehe* Spezialität
- Lex van der Lubbe 63
- Londoner Außenministerkonferenz 30
- Londoner Viermächte-Abkommen 16
- Ludwigsburger Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen 19

- Marinejustiz, *siehe* NS-Marinejustiz
- Mauerschützen 241
- Militärgerichte 17 f.
 - amerikanische Militärgerichte 17, 98, 185 f., 217
 - britische Militärgerichte 17, 21–23
 - französische Militärgerichte 17
 - NS-Militärgerichtsbarkeit, *siehe* dort
- Militärregierung
 - amerikanische Militärregierung 14, 20 f., 27, 57
 - britische Militärregierung, *siehe* dort
 - französische Militärregierung 20 f., 26 f.
 - sowjetische Militärregierung 14, 20, 27
- Militärstrafgesetzbuch
 - Aufhebung 189
 - Handeln auf Befehl 60, 84, 312
- Mittelbare Täterschaft 144–146, 151, 279, 291 f.
- Mord
 - Grausamkeit 107, 171, 326
 - Heimtücke 106 f., 149, 171
 - Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 105–107, 149, 326
 - sonstige niedrige Beweggründe 107, 121, 149, 171, 326
- Moskauer Außenministerkonferenz 27
- Moskauer Erklärung 16

- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
 - Ausschlusskriterium der ehemaligen Mitgliedschaft 37–43, 53, 245, 336
 - ehemalige Mitglieder nach 1945 13, 38, 44 f., 53 f., 157, 335
 - Entnazifizierung 12–14
- Naturrecht
 - Legitimität der Verletzung des Rückwirkungsverbots 68–76
 - Radbruchsche Formel, *siehe* dort
 - Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs 230–232, 239
 - Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 72–76, 78 f., 228, 278 f., 336
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit 78 f.
- Nichtzumutbarkeit, *siehe* Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens
- Niedrige Beweggründe 107, 121, 149, 171, 326
- Nötigungsnotstand
 - Denunziationen 280
 - NS-Euthanasie 115–117, 152, 174
 - Reichspogromnacht 313, 326 f.
- Notstand
 - entschuldigender, *siehe* dort
 - Nötigungsnotstand, *siehe* dort
 - Putativnötigungsnotstand, *siehe* dort
 - Putativnotstand, *siehe* dort
 - rechtfertigender, *siehe* dort
 - übergesetzlicher entschuldigender, *siehe* dort
 - übergesetzlicher rechtfertigender, *siehe* dort
- NS-Euthanasie 91–181
 - alliierte Strafverfahren 98
 - Aktion Brandt, *siehe* dort
 - Aktion T4, *siehe* dort
 - ärztlicher Widerstand, *siehe* dort
 - dezentrale Euthanasie, *siehe* dort
 - Euthanasie-Gesetz 93
 - Führererlass, *siehe* dort
 - Heil- und Pflegeanstalt, *siehe* dort

- Kindereuthanasie, *siehe* dort
- Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs 128–133, 170–178
- Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 48 f., 105–121, 149–156, 337 f.
- Rezeption der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 121–126, 156–162, 179–181
- Rheinprovinz-Verfahren, *siehe* dort
- Urteilsbilanz des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 47–49
- Urteilsbilanz westdeutscher Gerichte 125 f.
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit 120 f., 156
- Verlegungstransporte, *siehe* Aktion Brandt
- Vernichtungsanstalt, *siehe* dort
- Verteidigungseinwände in den NS-Prozessen 100, 102 f., 108–120, 142 f., 152–156, 174–178
- Wandel in der Rechtsprechung westdeutscher Gerichte 99 f., 170–178
- westfälischer NS-Euthanasie-Prozess, *siehe* dort
- wilde Euthanasie, *siehe* dezentrale Euthanasie
- Würdigung der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 137 f., 167–170, 178–181, 337 f.
- Zwischenanstalt, *siehe* dort
- NS-Gesetze 63 f.
- Aufhebung nach 1945 10 f., 25 f.
- Rechtsgültigkeit 79, 277, 284
- NS-Justizjuristen 12 f., 41, 53 f., 245
- NS-Justizlenkung 139 f., 215, 258, 337
- NS-Justizunrecht, *siehe* NS-Justizverbrechen
- NS-Justizverbrechen 181–245
 - Abschreckungszweck, *siehe* dort
 - alliierte Strafverfahren 185 f.
 - Buea-Fall, *siehe* dort
 - Fall Brumshagen, *siehe* dort
 - Fall Kusch, *siehe* dort
 - Fall Rehse, *siehe* dort
 - NS-Justizlenkung, *siehe* dort
 - Rechtsbeugung, *siehe* dort
 - Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu DDR-Justizverbrechen 237–244, 338
 - Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu NS-Justizverbrechen 199–202, 219 f., 230–239, 338
 - Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 193–197, 212–216, 338
 - Rezeption der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 197 f., 217 f.
 - Sperrwirkung, *siehe* dort
 - Todesurteile der NS-Justiz 181–185
 - Urteilsbilanz des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 47–49, 187
 - Urteilsbilanz westdeutscher Gerichte 185 f.
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit 194–197, 211, 216, 224 f., 227–229
 - Verfahren gegen den Kölner Landgerichtspräsidenten Walter Müller, *siehe* dort
 - Verleitung eines Untergebenen zu einer Straftat, *siehe* dort
 - Verteidigungseinwände in den NS-Prozessen 189 f., 210
 - Wandel in der Rechtsprechung westdeutscher Gerichte 230–243
 - Widerstand gegen die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 201–203, 218 f., 227, 244
 - Würdigung der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 205–207, 222, 243–245, 338
- NS-Marinejustiz
 - Buea-Fall 187–207
 - Fall Kusch 223–226
- NS-Militärgerichtsbarkeit
 - NS-Marinejustiz, *siehe* dort
 - Militärgerichtsprozesse 48, 187–190, 223–226, 291–293
 - Reichskriegsgericht, *siehe* dort
 - Wehrmachtjustiz 181 f.
- NS-Prozesse
 - Aufarbeitung durch die Alliierten 16 f., 98, 185 f.

- Aufarbeitung durch westdeutsche Gerichte 18–25, 98–100, 186 f., 249 f., 301 f.
- Denunziationen, *siehe* dort
- NS-Euthanasie, *siehe* dort
- NS-Justizverbrechen, *siehe* dort
- Reichspogromnacht, *siehe* dort
- Verbrechen gegen Juden, *siehe* dort
- Verbrechen im Amt, *siehe* dort
- Verbrechen in der Endphase, *siehe* dort
- Verbrechen nach der Machtergreifung, *siehe* dort
- Verschleppungen, *siehe* dort
- NS-Strafjustiz, *siehe* NS-Justizverbrechen
- NS-Verbrechen, *siehe* NS-Prozesse
- NS-Verbrechen an politischen Gegnern, *siehe* Verbrechen im Amt
- NS-Verbrechen im Amt, *siehe* Verbrechen im Amt
- Nulla poena sine lege, *siehe* nullum crimen, nulla poena sine lege
- Nullum crimen, nulla poena sine lege 62–76, 306, 315 f., 318
- Nürnberger Gesetze 10, 299
 - Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre 10, 246, 283, 299
 - Reichsbürgergesetz 10, 38, 40, 299
- Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess 16, 217
- Nürnberger Nachfolgeprozesse 17 f.
 - Ärzte-Prozess 98
 - Krupp-Prozess 157
 - Juristen-Prozess 185, 217
- Oberlandesgericht 24
 - Bezirke in der britischen Zone 12, 26
 - Braunschweig 88 f.
 - Celle 288
 - Frankfurt am Main 51, 141, 172
 - Hamburg 225
 - Hamm 135 f.
 - Kiel 254
 - Köln 40, 51, 307
 - Oldenburg 41, 254–257, 262, 288, 297
 - ~präsident, *siehe* dort
 - Vorlegungsverfahren, *siehe* dort
- Oberlandesgerichtspräsident 13–15
 - Celle 65
 - Frankfurt am Main 51
 - Hamburg 15, 28, 37
 - Köln 28
 - Regiment der Oberlandesgerichtspräsidenten 14 f.
- Oberster Gerichtshof für die Britische Zone
 - Auflösung 52–56
 - Ausschlusskriterium der ehemaligen NSDAP-Mitgliedschaft 37–45, 53, 335 f.
 - Errichtung 25–35
 - Fortentwicklung der Strafrechtsdogmatik 132, 222, 243 f., 331, 338–341
 - Fortführung der Tradition 52–56
 - freiwillige Gerichtsbarkeit 33
 - Generalstaatsanwalt 43–45
 - Geschäftsanfall 34, 45–50
 - Geschäftsordnung 35
 - Hilfsrichter 34, 38, 42 f.
 - Organisation 34 f.
 - Personalpolitik 37, 245, 335 f.
 - personelle Besetzung 35–45, 51 f., 335 f.
 - Präsident, *siehe* dort
 - Präsidium 35
 - Rechtsanwaltschaft 45
 - Rechtsprechung zu Denunziationen, *siehe* dort
 - Rechtsprechung zu NS-Euthanasie, *siehe* dort
 - Rechtsprechung zu NS-Justizverbrechen, *siehe* dort
 - Rechtsprechung zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit, *siehe* dort
 - Rechtsprechung zur Reichspogromnacht, *siehe* dort
 - Richter 34–43, 49–52
 - Staatsanwaltschaft 43–45
 - Stellung der Richter 35 f.
 - Strafsenate 34, 46 f.
 - Urteilsbilanz 45–50, 337
 - Vorlegungsverfahren, *siehe* dort
 - Widerstand gegen die Rechtsprechung 337–340

- Würdigung der Rolle bei der Aufarbeitung von NS-Unrecht 339–341
- Zielsetzung 31 f.
- Zivilsachen 33, 335
- Zuständigkeit 32 f.
- Oberster Spruchgerichtshof 41
- Organisationsverbrechen 18

- Parteigericht 11
- Pflichtenkollision 129, 148, 158, 177, 280
- Polenstrafrechtsverordnung, *siehe* Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten
- Positivismus, *siehe* Rechtspositivismus
- Potsdamer Abkommen 9
- Potsdamer Konferenz 9, 11
- Präsident
 - des Bundesgerichtshofs 37, 52
 - des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 36, 38 f., 52
 - des Reichsgerichts 39
 - Landgerichtspräsident, *siehe* Landgericht, Präsident
 - Oberlandesgerichtspräsident, *siehe* dort
 - des Zentraljustizamts 15, 28, 31 f., 37 f., 45
- Präsidium 35
- Putativnötigungsnotstand 115–117
- Putativnotstand 115–117, 327

- Radbruchsche Formel 66, 78 f., 103, 110, 228, 231
- Rassenhygiene 91
- Rechtfertigender Notstand 104
- Rechtfertigungsgründe
 - Führererlass, *siehe* dort
 - Handeln auf Befehl, *siehe* dort
 - übergesetzlicher rechtfertigender Notstand, *siehe* dort
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit 85 f.
- Rechtsanwaltschaft, *siehe* Oberster Gerichtshof für die Britische Zone, Rechtsanwaltschaft
- Rechtsbeugung
 - Beurteilungsgrundlage 228, 230–233, 239, 338
 - Eventualvorsatz 196 f., 201, 233 f., 241–244
 - direkter Vorsatz 201, 204 f., 233–239, 241–244, 338
 - objektiver Tatbestand 239–241, 295
 - Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu DDR-Justizverbrechen 237–244, 338
 - Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu NS-Justizverbrechen 199–202, 219 f., 229–245, 338
 - Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 193–197, 212–216, 224–229, 338
 - Sperrwirkung, *siehe* dort
 - Wandel in der Rechtsprechung 201, 230–243
- Rechtsblindheit 159, 236, 289
- Rechtsgrundlagen
 - Aufarbeitung von NS-Verbrechen durch die Alliierten 16–18
 - Aufarbeitung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Gerichte 18–24
- Rechtsirrtum 111 f.
- Rechtspositivismus 78, 284
 - Denunziationen 281–284
 - NS-Justizverbrechen 206 f., 226, 230–233, 243 f.
 - Rückwirkungsverbot 65, 69 f., 76, 319
- Rechtsunterausschuss 14, 40
- Rechtszersplitterung 14, 25 f., 57, 250, 336
- Rehse-Prozess, *siehe* Fall Rehse
- Reichsbürgergesetz, *siehe* Nürnberger Gesetze
- Reichsgericht 11, 35 f., 45, 54, 144 f.
- Reichsjustizministerium 14, 184, 209
- Reichskriegsgericht 224–226, 247
- Reichskristallnacht, *siehe* Reichspogromnacht
- Reichspogromnacht 298–334
 - Ablauf 298–301
 - Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs 330–334
 - Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 307–316, 320 f., 323–327, 339

- restriktive Auslegung der Straftatbestände 327–329
- Rezeption der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 317–319, 327–330
- subjektiver Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit 311, 328
- Urteilsbilanz des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 47–49, 302
- Urteilsbilanz westdeutscher Gerichte 301 f., 332
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit 311–313, 323 f., 327 f.
- Verfahren gegen Walter Jasser, *siehe* dort
- Verkennung des Unrechtsgehalts 329 f.
- Verteidigungseinwände 304 f., 312–317, 326 f.
- Widerstand gegen die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 317–321, 327–330
- Würdigung der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 419 f., 322 f., 333 f.
- Reichsstrafgesetzbuch 8
- Reichstagsbrandprozess 63, 182
- Reichstagsbrandverordnung, *siehe* Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat
- Restriktive Auslegung
 - Denunziationen 252–257, 266, 281–289, 296 f.
 - Reichspogromnacht 327–329
- Rettungsmotiv, *siehe* ärztlicher Widerstand
- Rettungstötungen 137, 153, 159, 337
- Revisionen
 - Bindungswirkung, *siehe* dort
 - Strafsachen 32 f.
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit 32, 45
 - Zivilsachen 33
- Rheinprovinz-Verfahren 138–170
- Royal Warrant 17
- Rückwirkungsverbot 62–76
 - Grundgesetz 64, 73 f.
 - Legitimität des Verbrechens gegen die Menschlichkeit 68–76
 - Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 72–76, 311, 320 f., 336
 - Rezeption der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 95 f.
 - Unvereinbarkeit des Verbrechens gegen die Menschlichkeit mit dem Rückwirkungsverbot 82–85, 370, 398, 413
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit 69, 74, 78–96
 - Verjährung, *siehe* dort
 - Widerstand gegen die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 75 f., 127, 285, 306, 317–319
 - Würdigung der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 75 f.
- Rundfunkverordnung, *siehe* Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen
- Sachbeschädigung 325
- Sachverhaltsirrtum 152
- Scheinvfahren 229, 232, 277
- Schöffengericht 25
- Schuldgrundsatz 76, 155, 262–264, 288, 297
- Schuldtheorie 112 f., 132, 157
- Schwärzel-Fall 23, 289 f.
- Schwurgericht 24 f., 318
- Sonderbehandlung 14ff3 98
- Sondergericht 11, 182–184, 249
 - Braunschweig 267
 - Köln 207–210
 - Oldenburg 251
- Sperrwirkung
 - Begründung 191 f.
 - Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs 201 f., 234 f.
 - Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 193 f., 227 f., 338
 - Widerstand gegen die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 201 f., 227 f., 235

- Spezialität 87–89, 279 f.
- Spruchgericht 25, 41
- Standgericht 184 f., 226–229
- Staschynskij-Urteil 173
- Statut des Internationalen Militärtribunals
in Nürnberg 16–18, 58–60
- Sterbehilfe 90, 110, 143
- Sterilisationen 23, 139
- Stiller Widerstand, *siehe* ärztlicher Widerstand
- Stillstand der Rechtspflege 9–12
- Strafausschließungsgrund
- übergesetzlicher, *siehe* dort
 - Voraussetzungen 124, 131
- Straffreiheitsgesetz, *siehe* Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit
- Strafgesetzbuch 8
- Strafklageverbrauch 141
- Strafrahmen
- Statut des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg 59
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit 59, 65
- Straftaten an politischen Gegnern, *siehe* Verbrechen im Amt
- Strafverfolgung, *siehe* Aufarbeitung
- Strafverfolgungsverjährung, *siehe* Verjährung
- Strafzumessung 213, 220, 276 f., 320 f., 330
- Strafzweck 193, 197, 213
- Subjektive Theorie, *siehe* Abgrenzung Täterschaft – Teilnahme
- Subsidiarität 86–89
- Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force 10
- Täterschaft
- Abgrenzung Täterschaft – Teilnahme, *siehe* dort
 - Einheitstäterschaft, *siehe* dort
 - mittelbare Täterschaft, *siehe* dort
- Tatsachenirrtum 111 f.
- Teilnahme 82
- Abgrenzung zur Täterschaft, *siehe* Abgrenzung Täterschaft – Teilnahme
 - Beihilfe, *siehe* dort
- Todesurteile
- nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht 182, 187–189
 - NS-Justiz 181–185
- Totschlag 170 f.
- Tötungsverbot, absolutes 117, 129, 160 f.
- Tribunal Général 17
- Übergesetzlicher entschuldigender Notstand 179 f.
- Entwicklung in der Lehre 125 f., 161 f., 177
 - Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs 131 f., 178
 - Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 118, 154 f., 179 f.
- Übergesetzlicher persönlicher Strafausschließungsgrund 118–120, 155 f.
- Anwendung in der Rechtsprechung 127 f., 164–166
 - Entwicklung in der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 118–120, 155 f.
 - in dubio pro reo, *siehe* dort
 - Rezeption im Schrifttum 123–126, 158–162, 177
 - Rezeption in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs 128–133, 178
 - Rezeption in der Rechtsprechung der Instanzgerichte 127 f., 164–166
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit 153 f., 200 f.
 - Voraussetzungen 120 f., 156
 - Widerstand 124–126, 130–133, 161 f., 164–166
- Übergesetzlicher rechtfertigender Notstand 104, 166
- Ablehnung in den Fällen des ärztlichen Widerstands 117 f., 129 f., 153 f., 158 f., 176 f., 337
 - Bejahung in den Fällen des ärztlichen Widerstands 104 f., 148, 158 f., 165, 167
 - Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 117 f., 153 f., 176 f., 179, 337

- Übergesetzlicher sachlicher Strafausschließungsgrund 160
- Übergesetzliches Recht, *siehe* Naturrecht
- Überzeugungstäter 206, 255 f., 261, 298, 339
- Uchtsprünge-Prozess 175
- Unmenschlichkeitsverbrechen, *siehe* Verbrechen gegen die Menschlichkeit
- Unrechtsbewusstsein, fehlendes
- *siehe auch* Verbotsirrtum
 - Denunziationen 256, 261 f., 278 f., 288 f., 296
 - dogmatische Einordnung 110–113, 131 f.
 - Fähigkeit zur Unrechtseinsicht 152 f., 179, 198 f., 261 f., 278 f.
 - NS-Euthanasie 110–113, 131–134, 136 f., 152 f., 157
 - Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs 131–133, 178, 242, 293
 - Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 110–113, 132, 152 f., 262, 278 f., 338
 - Rechtsprechung des Reichsgerichts 110–113
 - Rezeption der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 157, 264, 338
 - Schuldtheorie, *siehe* dort
 - Vorsatztheorie, *siehe* dort
- Unternehmen der Verleitung Untergebener zur Rechtsbeugung, *siehe* Verleitung eines Untergebenen zu einer Straftat
- Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens 125, 131
- Ursächlichkeit, *siehe* Kausalität
- Urteilsbilanz
- des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 45–50, 337
 - westdeutscher Gerichte zu NS-Verbrechen 18 f., 49
- Verblendung 235–237, 243 f., 278, 296, 338
- Verbotsirrtum
- *siehe auch* Unrechtsbewusstsein
 - aufgrund umgesetzter Rettungsabsicht 131–134, 136 f., 178
 - Entwicklung 110–113, 131–133
 - Gewissensanspannung 132 f., 134, 167, 292
 - Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs 131–133, 178, 242, 293
 - Unvermeidbarkeit 132, 135–137, 178–180, 262–264
- Verbrechen gegen den Frieden
- Kontrollratsgesetz Nr. 10 18, 58
 - Statut des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg 18
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit
- Abschaffung 54–56
 - Aufhebung der Ermächtigung deutscher Gerichte 54 f.
 - Auslegung in der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 77–86
 - Bestimmtheitsgrundsatz, *siehe* dort
 - Beteiligungsformen 59, 82, 259
 - Denunziationen 253–263, 270–290
 - Entschuldigungsgründe 85 f.
 - Ermächtigung deutscher Gerichte 19–24, 54 f., 61 f.
 - fahrlässige Begehung 83 f., 263
 - Handeln auf Befehl, *siehe* dort
 - individuelle Verantwortlichkeit von Staatsorganen 60
 - Kausalität 82 f., 195 f., 259, 312
 - Konkurrenzverhältnis, *siehe* dort
 - Legitimität 68–76
 - NS-Euthanasie 120 f., 156
 - NS-Justizverbrechen 194–197, 211 f., 215 f., 224–229
 - objektiver Tatbestand 58 f., 80–83
 - Rechtfertigungsgründe 85 f.
 - Rechtsgut 79 f.
 - Rechtsnatur 77 f.
 - Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs 54–56, 129, 199, 229, 335
 - Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 45–50, 72–90, 336–340
 - Reichspogromnacht 311 f., 323 f.
 - Rückwirkungsverbot, *siehe* dort

- Statut des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg 16, 58
- Strafraumen 59
- subjektiver Tatbestand 83 f., 260–263, 272 f., 277–279, 339
- Tatbestand 58 f., 80–84
- Versuch 80 f., 211, 216
- Widerstand 54–56, 64–68, 336–340
- Zuständigkeit zur Aburteilung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit 19–25, 54–56, 61 f.
- Verbrechen gegen Juden 2, 23, 47–49, 248
- Verbrechen im Amt 2, 47 f.
- Verbrechen in der Endphase 2, 47–49
- Verbrechen nach der Machtergreifung 2, 47 f.
- Vereinheitlichungsgesetz 50
- Vereinigtes Wirtschaftsgebiet 27
- Verfahren gegen den Kölner Landgerichtspräsidenten Walter Müller 207–222
- Verfahren gegen den Marinerichter Adolf Herbert Holzwig, *siehe* Buea-Fall
- Verfahren gegen H. (Denunziationsverbrechen) 266–275
- Verfahren gegen R. und J. (Denunziationsverbrechen) 251–266
- Verfahren gegen Walter Jasser 303–323
- Verjährung 306, 332
 - Problematik 313 f.
 - Rechtslage in der britischen Zone 314–316
 - Rückwirkungsproblematik 315 f., 332
 - Ruhen der Verjährung 61, 314 f.
 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit 61
- Verleitung eines Untergebenen zu einer Straftat 212–215
 - objektiver Tatbestand 212–214
 - subjektiver Tatbestand 211 f., 214, 219
- Vernichtung lebensunwerten Lebens 91–93, 110, 143 f., 175 f.
- Vernichtungsanstalt 94
 - Bernburg 94
 - Grafeneck 94
 - Hadamar 94, 102, 139
- Hartheim bei Linz 94
- Havel 94
- Sonnenstein bei Pirna 94
- Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat 63, 182
- Verordnung gegen Volksschädlinge 10, 183, 209
- Verordnung Nr. 47 der britischen Militärregierung 20–24
- Verordnung Nr. 98 der britischen Militärregierung 28–30, 50
- Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen
 - Aufhebung nach 1945 10
 - Denunziationen 247, 251, 267, 284
 - NS-Justizverbrechen 183
- Verordnung über das Sonderstrafrecht im Krieg und bei besonderem Einsatz
 - Aufhebung nach 1945 15
 - extensive Auslegung des Öffentlichkeitsbegriffs 223–226, 247
 - Denunziationen 247, 284
 - Wehrkraftzersetzung 182, 223–226, 276, 292
- Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten 11, 63, 183
- Verordnung zum Schutz der Metallsammlung des deutschen Volkes 247
- Verordnung zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege 60 f., 84, 113, 312, 314–316
- Verschleppungen 2
- Versuch 80 f., 211, 215
- Völkerrecht 77, 185
- Völkerrechtliche Verantwortlichkeit 60 f.
- Völkerstrafrecht 2, 16, 340 f.
- Volksgeschichtshof 138 f., 290
 - Abschaffung 11
 - Aufarbeitung nach 1945 235–237
- Volksschädlingsverordnung, *siehe* Verordnung gegen Volksschädlinge
- Vorlagebeschluss, *siehe* Vorlegungsverfahren
- Vorlegungsverfahren 3, 252 f., 307

- Vorsatzschwelle, *siehe* Rechtsbeugung, direkter Vorsatz
- Vorsatztheorie 112 f., 152
- Wahl des kleineren Übels 104, 161 f.
- Waldheimer Prozesse 237 f.
- Wehrkraftzersetzung, *siehe* Verordnung über das Sonderstrafrecht im Krieg und bei besonderem Einsatz
- Wehrmachtsjustiz 181 f., 193, 206
- Westfälischer NS-Euthanasie-Prozess 100–138
- Widerstand
- gegen das Kontrollratsgesetz Nr. 10, *siehe* dort
 - gegen das Verbrechen gegen die Menschlichkeit, *siehe* dort
 - gegen den Obersten Gerichtshof für die Britische Zone, *siehe* dort
- Wiederaufbau der Gerichtsbarkeit 12–15, 28
- Wiederaufnahme 135 f., 316 f.
- Wiedereröffnung, *siehe* Wiederaufbau der Gerichtsbarkeit
- Zensurpolitik 36, 67, 75
- Zentrale Stelle, *siehe* Ludwigsburger Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen
- Zentraler Rechtsausschuss 14 f., 26
- Zentraljustizamt für die Britische Zone 15
- Präsident, *siehe* dort
 - Rolle bei der Errichtung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone 26–32
- Zivilsachen 33
- Zuständigkeit
- alliierter Gerichte zur Ahndung von NS-Verbrechen 16–19
 - deutscher Gerichte zur Ahndung von NS-Verbrechen 18–25
 - deutscher Gerichte zur Anwendung des Verbrechens gegen die Menschlichkeit 19–25, 54–56, 61 f.
- Zwischenanstalt 94, 102
- Andernach 139, 169
 - Galkhausen 139, 169